

BUNDESMINISTERIUM FÜR



LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Das Lebensministerium

403/ME

Präsidium
des Nationalrates
Parlamentsdirektion

Dr. Karl Renner Ring 3
1017 Wien

Wien, am 06. Sep. 1999

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl
Ihre Nachricht vom

Unsere Geschäftszahl
12.300/10-I 2/99

Sachbearbeiter(in)/Klappe
Mag. Dangl/
5842

Betreff:
Übermittlung dreier Gesetzesentwürfe

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft beehrt sich, die im Begutachtungsverfahren ausgesandten Entwürfe von Novellen des Pflanzenschutzgesetzes 1995 und des Pflanzgutgesetzes 1997 sowie der Umsetzung der Internationalen Pflanzenschutzkonvention zur gefälligen Kenntnisnahme zu übermitteln.

Für den Bundesminister:

Dr. Blauensteiner

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



SEKTION I - RECHT

Internationale Pflanzenschutzkonvention

Präambel

Die Vertragschließenden Parteien

- *in Erkenntnis* der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse und der Verhinderung deren internationaler Ausbreitung sowie insbesondere deren Einschleppung in gefährdete Gebiete;
- *in Erkenntnis* der Tatsache, daß phytosanitäre Maßnahmen fachlich gerechtfertigt, transparent sein und nicht derart angewendet werden sollten, daß sie eine willkürliche oder ungerechtfertigte Diskriminierung oder verdeckte Beschränkung, insbesondere des internationalen Handels, darstellen;
- *in dem Wunsch*, eine enge Koordination der hierauf gerichteten Maßnahmen zu gewährleisten;
- *in dem Wunsch*, einen Rahmen für die Entwicklung und die Anwendung von harmonisierten phytosanitären Maßnahmen und für die Ausarbeitung diesbezüglicher internationaler Standards festzulegen;
- *unter Berücksichtigung* international anerkannter Grundsätze im Bereich des Pflanzenschutzes, der menschlichen und tierischen Gesundheit und des Umweltschutzes; und
- *in Anbetracht* der Abkommen, die als Ergebnis der multilateralen Handels-Verhandlungen im Rahmen der Uruguay Runde beschlossen wurden, einschließlich dem Abkommen über die Anwendung von sanitären und phytosanitären Maßnahmen;

haben folgendes vereinbart:

Artikel I

Zweck und Verpflichtungen

1. Um ein gemeinsames und wirkungsvolles Vorgehen gegen die Verbreitung und Einschleppung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse zu gewährleisten und zur Förderung von geeigneten Bekämpfungsmaßnahmen gegen diese Schadorganismen, verpflichten sich die Vertragschließenden Parteien, die gesetzlichen, technischen und administrativen Maßnahmen zu ergreifen, die in diesem Übereinkommen und in den zusätzlichen Vereinbarungen gemäß Artikel XVI näher bezeichnet sind.
2. Unbeschadet der Verpflichtungen, die sich aus anderen internationalen Abkommen ergeben, verpflichtet sich jede Vertragschließende Partei, in ihrem Hoheitsgebiet dafür zu sorgen, daß die in diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Anforderungen erfüllt werden.
3. Die Verteilung der Zuständigkeiten hinsichtlich der Erfüllung der Anforderungen dieses Übereinkommens zwischen Mitgliedsorganisationen der FAO und ihren Mitgliedstaaten, sofern sie Vertragschließende Parteien sind, erfolgt gemäß den jeweiligen Kompetenzen.
4. Dieses Übereinkommen kann erforderlichenfalls, wenn es die Vertragschließenden Parteien für zweckmäßig halten, zusätzlich zu Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen auch auf Lagereinrichtungen, Verpackungsmaterial, Beförderungsmittel, Behälter, Erde bzw. Kultursubstrate und auf andere Lebewesen, Gegenstände oder Materialien, die Schadorganismen der Pflanzen beherbergen oder verbreiten können, Anwendung finden, insbesondere wenn es sich um internationale Transporte handelt.

Artikel II

Begriffsbestimmung

1. Für die Anwendung dieses Übereinkommens werden die nachstehenden Begriffe wie folgt definiert:

"Ansiedlung": Ein im Hinblick auf die absehbare Zukunft andauerndes Vorkommen eines Schadorganismus in einem Gebiet, nach dessen Eindringen;

"Einschleppung": Das Eindringen eines Schadorganismus mit dem Ergebnis seiner Ansiedlung;

"Fachlich gerechtfertigt": Gerechtfertigt aufgrund der Ergebnisse einer geeigneten Risikoanalyse für Schadorganismen oder gegebenenfalls einer anderen gleichwertigen Prüfung und Bewertung der verfügbaren wissenschaftlichen Informationen.

"Gebiet mit geringem Auftreten von Schadorganismen": Ein Gebiet - entweder ein Staat, ein Teil eines Staates, mehrere Staaten oder Teile mehrerer Staaten - das von den zuständigen Behörden festgelegt wurde und in dem ein bestimmter Schadorganismus nur in geringem Maße vorkommt und in dem hinsichtlich des Schadorganismus wirkungsvolle Überwachungs-, Bekämpfungs- oder Ausrottungsmaßnahmen getroffen werden;

"Gefährdetes Gebiet": Ein Gebiet, in dem die ökologischen Gegebenheiten die Ansiedlung eines Schadorganismus begünstigen und dessen Vorkommen in diesem Gebiet zu bedeutenden wirtschaftlichen Verlusten führen würde;

"Geregelter Gegenstand": Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse, Lagerräume, Verpackungsmaterial, Transportmittel, Behälter, Erde bzw. Kultursubstrate und andere Lebewesen oder Gegenstände, die Schadorganismen enthalten können oder durch die Schadorganismen verbreitet werden könnten, wenn hinsichtlich dieser Schadorganismen phytosanitäre Maßnahmen für nötig erachtet werden, insbesondere bei internationalen Transporten;

"Geregelter Nicht-Quarantäne-Schadorganismus": Ein Schadorganismus, der nicht als Quarantäneschadorganismus eingestuft ist und der im Fall seines Vorkommens bei Pflanzen, die zum Anpflanzen bestimmt sind, im Hinblick auf die vorgesehene Verwendung dieser Pflanzen einen inakzeptablen wirtschaftlichen Schaden verursacht und aus diesem Grund im Gebiet der einführenden Vertragschließenden Partei gesetzlich geregelt ist;

"Geregelter Schadorganismus": Ein Quarantäneschadorganismus oder ein geregelter Nicht-Quarantäne-Schadorganismus;

"Harmonisierte phytosanitäre Maßnahmen": Phytosanitäre Maßnahmen, die von den Vertragschließenden Parteien aufgrund von internationalen Standards festgelegt werden;

"Internationale Standards": Standards, die in Übereinstimmung mit Artikel X Abs. 1 und 2 festgelegt werden;

"Kommission": Die gemäß Artikel XI eingerichtete Kommission für phytosanitäre Maßnahmen;

"Pflanzen": Lebende Pflanzen und Pflanzenteile, einschließlich Samen und Gewebekulturen;

"Pflanzenerzeugnisse": Unverarbeitete Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs, einschließlich Getreide, sowie verarbeitete Erzeugnisse, die ihrer Natur nach oder aufgrund der Art ihrer Verarbeitung die Gefahr einer Einschleppung oder Ausbreitung von Schadorganismen hervorrufen können;

"Phytosanitäre Maßnahmen": Alle gesetzlichen Regelungen oder Verwaltungsvorschriften mit dem Zweck, die Einschleppung und/oder die Ausbreitung von Schadorganismen zu verhindern;

"Quarantäneschadorganismus": Ein Schadorganismus von potentieller wirtschaftlicher Bedeutung für das durch den Schadorganismus gefährdete Gebiet, sofern der Schadorganismus in diesem Gebiet noch nicht vorkommt oder zwar bereits vorkommt, aber nicht weit verbreitet ist und gegen diesen Schadorganismus amtliche Bekämpfungsmaßnahmen ergriffen wurden;

"Regionale Standards": Standards, die von einer regionalen Pflanzenschutzorganisation als Richtlinien für ihre Mitgliedstaaten festgelegt werden;

"Risikoanalyse für Schadorganismen (Pest Risk Analysis - PRA)": Der Prozeß zur Bewertung der biologischen oder sonstigen wissenschaftlichen sowie der wirtschaftlichen Fakten, um zu entscheiden, ob ein Schadorganismus geregelt werden sollte und in welchem Umfang hinsichtlich des Schadorganismus phytosanitäre Maßnahmen verhängt werden sollten;

"Schadorganismus": Alle Arten, Stämme oder Biotypen von Pflanzen, Tieren oder Krankheitserregern, die Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse schädigen;

"Sekretär": Der gemäß Artikel XII ernannte Sekretär der Kommission;

2. Die Begriffsbestimmungen gemäß diesem Artikel sind auf die Anwendung dieses Übereinkommens beschränkt und berühren nicht die in den nationalen gesetzlichen Vorschriften der Vertragschließenden Parteien enthaltenen Begriffsbestimmungen.

Artikel III

Anwendung von anderen internationalen Abkommen

Dieses Übereinkommen berührt in keiner Weise die bestehenden Rechte oder Verpflichtungen der Vertragschließenden Parteien aufgrund von anderen internationalen Abkommen.

Artikel IV

Allgemeine Regeln für die Organisation des Pflanzenschutzes in den einzelnen Staaten

1. Jede Vertragschließende Partei trifft nach besten Kräften Vorkehrungen für die Einrichtung einer nationalen amtlichen Pflanzenschutzorganisation mit den in diesem Artikel festgelegten Hauptaufgaben.
2. Zu den Aufgaben der nationalen amtlichen Pflanzenschutzorganisation gehören die folgenden Aufgaben:
 - a) Ausstellung von Zeugnissen für Sendungen von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen geregelten Gegenständen im Hinblick auf die phytosanitären Vorschriften der einführenden Vertragschließenden Partei;

- b) Überwachung während des Wachstums von kultivierten Pflanzen (wie z.B. Feldern, Plantagen, Baumschulen, Gärten, Gewächshäusern und Laboratorien) und der Wildflora, sowie von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen, die gelagert sind oder sich am Transport befinden, insbesondere mit dem Ziel, das Vorkommen, das massive Auftreten und die Ausbreitung von Schadorganismen zu melden und diese Schadorganismen zu bekämpfen. Dies umfaßt auch die Berichterstattung gemäß Artikel VIII Abs. 1 lit. a);
 - c) Untersuchung von Sendungen von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen im internationalen Verkehr und gegebenenfalls Untersuchung von anderen geregelten Gegenständen, insbesondere mit dem Ziel, die Einschleppung und/oder Ausbreitung von Schadorganismen zu verhindern;
 - d) Entwesung oder Entseuchung von Sendungen von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen geregelten Gegenständen im internationalen Verkehr, damit die phytosanitären Anforderungen erfüllt werden;
 - e) Schutz von gefährdeten Gebieten sowie Festlegung, Erhaltung und Überwachung von schadorganismusfreien Gebieten und von Gebieten mit geringem Auftreten von Schadorganismen;
 - f) Durchführung von Risikoanalysen für Schadorganismen;
 - g) Sicherstellung durch geeignete Verfahren, daß der phytosanitäre Zustand von Sendungen nach der Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen bis zur Ausfuhr im Hinblick auf die Zusammensetzung der Sendung, auf allfällige Veränderungen an der Sendung sowie hinsichtlich eines Neubefalles mit Schadorganismen beibehalten wird;
 - h) Schulung und Weiterbildung des Personals.
3. Jede Vertragschließende Partei trifft nach besten Kräften Vorkehrungen für
- a) die Verteilung von Informationen in ihrem Hoheitsgebiet über geregelte Schadorganismen und über die diesbezüglichen Mittel zur Vorbeugung und Bekämpfung;
 - b) Forschung und Untersuchungen auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes; die Erlassung von phytosanitären Vorschriften; und
 - c) die Wahrnehmung sonstiger Aufgaben, die zur Umsetzung dieses Übereinkommens erforderlich sind.
4. Jede Vertragschließende Partei übermittelt dem Sekretär eine Beschreibung seiner nationalen amtlichen Pflanzenschutzorganisation und einen Bericht über Veränderungen in dieser Organisation. Jede Vertragschließende Partei stellt die Beschreibung der organisatorischen Vorkehrungen im Bereich des Pflanzenschutzes auf Anfrage auch einer anderen Vertragschließenden Partei zur Verfügung.

Artikel V

Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen

1. Jede Vertragschließende Partei trifft Vorkehrungen zur Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen. Dabei stellt sie sicher, daß Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse und andere geregelte Gegenstände oder Sendungen mit diesem Inhalt beim Export der Erklärung im Pflanzengesundheitszeugnis, die in Übereinstimmung mit Absatz 2 lit. b) dieses Artikels abgegeben wird, entsprechen.
2. Jede Vertragschließende Partei trifft Vorkehrungen zur Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen in Übereinstimmung mit folgenden Vorschriften:
 - a) Untersuchungen und andere Tätigkeiten, die im Hinblick auf die Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen durchgeführt werden, werden nur durch die nationale amtliche Pflanzenschutzorganisation oder unter ihrer Aufsicht durchgeführt. Die Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen erfolgt nur durch fachlich qualifizierte Organe, die von der nationalen amtlichen Pflanzenschutzorganisation ordnungsgemäß beauftragt wurden und somit in ihrem Auftrag und unter ihrer Aufsicht handeln, mit solcher Kenntnis und aufgrund solcher Informationen, daß die Behörden der einführenden Vertragschließenden Parteien die Pflanzengesundheitszeugnisse als glaubwürdige Dokumente anerkennen können.
 - b) Pflanzengesundheitszeugnisse, auch wenn sie mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung hergestellt wurden, sofern dies von der einführenden Vertragschließenden Partei akzeptiert wird, sind gemäß den in der Anlage zu diesem Übereinkommen wiedergegebenen Mustern abzufassen. Diese Zeugnisse sollten nach Maßgabe der entsprechenden internationalen Standards ausgestellt werden.
 - c) Nicht beglaubigte Änderungen oder Streichungen machen die Zeugnisse ungültig.
3. Jede Vertragschließende Partei verpflichtet sich, als Begleitpapiere für Sendungen von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen geregelten Gegenständen, die in ihr Hoheitsgebiet eingeführt werden, keine Pflanzengesundheitszeugnisse zu verlangen, die nicht den in der Anlage zu diesem Übereinkommen

wiedergegebenen Mustern entsprechen. Jede Forderung nach zusätzlichen Erklärungen ist auf die Fälle, in denen dies fachlich gerechtfertigt ist, zu beschränken.

Artikel VI

Geregelte Schadorganismen

1. Die Vertragschließenden Parteien können hinsichtlich Quarantäneschadorganismen und geregelten Nicht-Quarantäne-Schadorganismen phytosanitäre Maßnahmen erlassen, vorausgesetzt, daß diese Maßnahmen nicht strenger sind, als die Maßnahmen, die im Gebiet der einführenden Vertragschließenden Partei bezüglich des selben Schadorganismus angewandt werden, vorausgesetzt, daß dieser Schadorganismus im Gebiet der einführenden Vertragschließenden Partei vorkommt; und
auf ein solches Maß beschränkt bleiben, das für den Schutz der Pflanzengesundheit und/oder zur Sicherstellung der Eignung für den beabsichtigten Verwendungszweck erforderlich ist und durch die betroffene Vertragschließenden Partei fachlich gerechtfertigt werden kann.
2. Die Vertragschließenden Parteien setzen keine phytosanitären Maßnahmen hinsichtlich unregelter Schadorganismen.

Artikel VII

Einfuhrbestimmungen

1. Die Vertragschließenden Parteien sind uneingeschränkt befugt, in Übereinstimmung mit den in Frage kommenden internationalen Abkommen, Regelungen für die Einfuhr von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen geregelten Gegenständen zu erlassen, um die Einschleppung und/oder Ausbreitung von geregelten Schadorganismen in ihr Hoheitsgebiet zu verhindern. Sie können zu diesem Zweck
 - a) für die Einfuhr von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen geregelten Gegenständen phytosanitäre Maßnahmen, wie z.B. eine Untersuchung, ein Einfuhrverbot oder eine Behandlung vorschreiben bzw. verordnen;
 - b) für Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse und andere geregelte Gegenstände oder für Sendungen mit diesem Inhalt, die den phytosanitären Maßnahmen gemäß lit. a) nicht entsprechen, die Einfuhr in das Gebiet der Vertragschließenden Partei verbieten, eine Behandlung vorschreiben oder die Zerstörung oder Entfernung vom Gebiet der Vertragschließenden Partei anordnen;
 - c) die Verbringung von geregelten Schadorganismen in ihr Hoheitsgebiet verbieten oder beschränken;
 - d) die Verbringung von biologischen Bekämpfungsmitteln und von als nützlich geltenden Organismen, die für den Pflanzenschutz von Bedeutung sind, in ihr Hoheitsgebiet verbieten oder beschränken;
2. Um den internationalen Handel so wenig wie möglich zu behindern, verpflichtet sich jede Vertragschließende Partei, Veranlassungen gemäß Absatz 1 dieses Artikels unter Beachtung folgender Bestimmungen zu treffen:
 - a) Die Vertragschließenden Parteien treffen mit ihrer Pflanzenschutzgesetzgebung keine Maßnahmen gemäß Absatz 1 dieses Artikels, wenn diese nicht aus Erwägungen des Pflanzenschutzes notwendig und fachlich gerechtfertigt sind.
 - b) Wenn eine Vertragschließende Partei phytosanitäre Anforderungen, Beschränkungen und Verbote erläßt, veröffentlicht sie die entsprechenden Vorschriften umgehend und teilt sie allen unmittelbar betroffenen Vertragschließenden Parteien mit.
 - c) Wenn eine Vertragschließende Partei phytosanitäre Anforderungen, Beschränkungen und Verbote erläßt, unterrichtet sie auf Anfrage andere Vertragschließende Parteien über die Begründung für die Anforderungen, Beschränkungen und Verbote.
 - d) Wenn eine Vertragschließende Partei bestimmte Eintrittsstellen für die Einfuhr bestimmter Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse vorschreibt, wählt sie diese Stellen so aus, daß der internationale Handel nicht unnötig behindert wird. Die Vertragschließende Partei veröffentlicht ein Verzeichnis dieser Grenzübergangsstellen und übermittelt es dem Sekretär, jeder regionalen Pflanzenschutzorganisation, deren Mitglied sie ist, allen Vertragschließenden Parteien, die sie für unmittelbar betroffen hält, sowie auf Anfrage allen anderen Vertragschließenden Parteien. Derartige Einschränkungen auf bestimmte Eintrittsstellen sind nur zulässig, wenn die betreffenden Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse und anderen geregelten Gegenstände von Pflanzengesundheitszeugnissen begleitet sein müssen oder wenn sie einer Untersuchung oder Behandlung zu unterziehen sind.
 - e) Die seitens der Pflanzenschutzorganisation einer Vertragschließenden Partei vorgeschriebene Untersuchung oder ein anderes phytosanitäres Verfahren betreffend Sendungen von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und

anderen geregelten Gegenständen, die zur Einfuhr bestimmt sind, erfolgt innerhalb einer möglichst kurzen Frist und unter gebührender Berücksichtigung der Verderblichkeit der Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse und anderen geregelten Gegenstände.

- f) Wird festgestellt, daß bei der Einfuhr wesentliche phytosanitäre Anforderungen nicht erfüllt werden, informiert die einführende Vertragschließende Partei so rasch wie möglich die ausführende Vertragschließende Partei oder gegebenenfalls die wiederausführende Vertragschließende Partei davon. Die betroffene ausführende Vertragschließende Partei oder gegebenenfalls die wiederausführende Vertragschließende Partei stellt diesbezügliche Nachforschungen an und teilt auf Anfrage der einführenden Vertragschließenden Partei das Ergebnis dieser Nachforschung mit.
 - g) Die Vertragschließenden Parteien erlassen nur phytosanitären Maßnahmen, die fachlich gerechtfertigt sind, dem phytosanitären Risiko entsprechen, die geringstmögliche Einschränkung darstellen und den internationalen Personen- und Güterverkehr so wenig wie möglich behindern.
 - h) Die Vertragschließenden Parteien stellen sicher, daß phytosanitäre Maßnahmen umgehend abgeändert werden, wenn sich die Voraussetzungen für diese Maßnahmen geändert haben oder wenn neue Informationen vorliegen, oder daß die Maßnahmen ganz aufgehoben werden, wenn sie nicht mehr erforderlich sind.
 - i) Die Vertragschließenden Parteien erstellen nach besten Kräften Listen der geregelten Schadorganismen, wobei sie deren wissenschaftliche Bezeichnungen verwenden. Sie halten diese Listen auf dem aktuellen Stand und übermitteln sie dem Sekretär, den regionalen Pflanzenschutzorganisationen, denen sie angehören und auf Anfrage anderen Vertragschließenden Parteien.
 - j) Die Vertragschließenden Parteien führen nach besten Kräften Überwachungsmaßnahmen hinsichtlich der Schadorganismen durch und führen geeignete Aufzeichnungen über den Status der Schadorganismen, um deren Einordnung in Kategorien zu ermöglichen und um geeignete phytosanitäre Maßnahmen auszuarbeiten. Diese Aufzeichnungen werden auf Antrag anderen Vertragschließenden Parteien zugänglich gemacht.
3. Eine Vertragschließende Partei kann Maßnahmen gemäß diesem Artikel auch auf solche Schadorganismen anwenden, die sich in seinem Gebiet nicht ansiedeln können, die jedoch wirtschaftliche Schäden hervorrufen können, wenn sie eingeschleppt werden. Auch solche Maßnahmen müssen fachlich gerechtfertigt sein.
 4. Maßnahmen gemäß diesem Artikel dürfen von den Vertragschließenden Parteien nur dann auf Transitsendungen durch ihr Hoheitsgebiet angewendet werden, wenn diese Maßnahmen fachlich gerechtfertigt und zum Schutz gegen die Einschleppung und/oder Ausbreitung von Schadorganismen erforderlich sind.
 5. Dieser Artikel hindert die einführenden Vertragschließenden Parteien nicht daran, unter Einhaltung der erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen, spezielle Vorschriften für die Einfuhr von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen geregelten Gegenständen sowie für Schadorganismen von Pflanzen für wissenschaftliche oder für Schulungszwecke oder für andere Spezialfälle zu erlassen.
 6. Dieser Artikel hindert die Vertragschließenden Parteien nicht daran, bei Feststellung eines Schadorganismus oder aufgrund einer Mitteilung über das Auftreten eines Schadorganismus, der für ihr Hoheitsgebiet eine potentielle Gefährdung darstellt, geeignete Notmaßnahmen anwenden. Solche Maßnahmen sind so rasch wie möglich zu überprüfen, um festzustellen, ob ihre Aufrechterhaltung gerechtfertigt ist. Notmaßnahmen sind den betroffenen Vertragschließenden Parteien, dem Sekretär und jeder regionalen Pflanzenschutzorganisation, der die Vertragschließende Partei angehört, umgehend mitzuteilen.

Artikel VIII

Internationale Zusammenarbeit

1. Die Vertragschließenden Parteien arbeiten soweit wie möglich bei der Verwirklichung der Ziele dieses Übereinkommens zusammen, wobei sie insbesondere folgende Punkte beachten:
 - a) Zusammenarbeit beim Austausch von Informationen über Schadorganismen von Pflanzen, insbesondere bei der Meldung über das Vorkommen, das massive Auftreten und die Ausbreitung von Schadorganismen, bei der eine unmittelbare oder mögliche Gefahr besteht. Die Kommission kann für diesen Informationsaustausch ein Verfahren festlegen;
 - b) Teilnahme, soweit dies möglich ist, an speziellen Bekämpfungskampagnen gegen Schadorganismen, die für die Pflanzenproduktion eine ernste Gefahr darstellen, wenn zur Bekämpfung Notmaßnahmen auf internationaler Ebene erforderlich sind;
 - c) Zusammenarbeit, soweit dies möglich ist, bei der Bereitstellung von wissenschaftlichen Informationen, die für Risikoanalysen für Schadorganismen benötigt werden.

2. Jede Vertragschließende Partei benennt eine Kontaktstelle, die für den Informationsaustausch im Zusammenhang mit der Umsetzung dieses Übereinkommens zuständig ist.

Artikel IX

Regionale Pflanzenschutzorganisationen

1. Die Vertragschließenden Parteien verpflichten sich zur Zusammenarbeit bei der Errichtung regionaler Pflanzenschutzorganisationen in geeigneten Gebieten.
2. Die regionalen Pflanzenschutzorganisationen nehmen in den ihnen unterstehenden Gebieten Koordinierungsaufgaben wahr. Sie beteiligen sich an verschiedenen Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele dieses Übereinkommens und sie sammeln und verteilen erforderlichenfalls Informationen.
3. Die regionalen Pflanzenschutzorganisationen arbeiten mit dem Sekretär zusammen, um die Ziele dieses Übereinkommens zu verwirklichen und sie arbeiten gegebenenfalls mit dem Sekretär und der Kommission bei der Ausarbeitung von internationalen Standards zusammen.
4. Der Sekretär beruft regelmäßig technische Konsultationen von Vertretern der regionalen Pflanzenschutzorganisationen ein, um
 - a) die Ausarbeitung und die Anwendung von internationalen Standards für phytosanitäre Maßnahmen zu unterstützen; und
 - b) die inter-regionale Zusammenarbeit durch die Förderung von harmonisierten phytosanitären Maßnahmen zur Bekämpfung von Schadorganismen und zur Verhinderung deren Einschleppung und/oder Ausbreitung zu unterstützen.

Artikel X

Standards

1. Die Vertragschließenden Parteien vereinbaren die Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung von internationalen Standards gemäß den von der Kommission beschlossenen Verfahren.
2. Internationale Standards werden von der Kommission beschlossen.
3. Regionale Standards sollten mit den Grundsätzen dieses Übereinkommens übereinstimmen. Derartige Standards können der Kommission als Grundlage für die Ausarbeitung von internationalen Standards für phytosanitäre Maßnahmen vorgelegt werden, wenn sie auch überregionale Bedeutung haben.
4. Wenn die Vertragschließenden Parteien Tätigkeiten in Zusammenhang mit diesem Übereinkommen durchführen, sollten sie gegebenenfalls die bezug habenden internationalen Standards berücksichtigen.

Artikel XI

Kommission für phytosanitäre Maßnahmen

1. Die Vertragschließenden Parteien vereinbaren, im Rahmen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) eine Kommission für Phytosanitäre Maßnahmen (Commission on Phytosanitary Measures - CPM) einzusetzen.
2. Die Aufgaben der Kommission bestehen darin, die vollständige Verwirklichung der Ziele dieses Übereinkommens zu unterstützen, insbesondere im Hinblick auf folgende Punkte:
 - a) Sie überprüft die weltweite Situation auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes und prüft, inwieweit Handlungsbedarf bei der Bekämpfung der internationalen Ausbreitung von Schadorganismen und deren Einschleppung in gefährdete Gebiete besteht;
 - b) Sie erarbeitet und überwacht die notwendigen institutionellen Voraussetzungen und Verfahren für die Entwicklung und Annahme von internationalen Standards und sie beschließt internationale Standards;
 - c) Sie legt Regeln und Verfahren für die Streitschlichtung gemäß Artikel XIII fest;
 - d) Sie setzt Unterausschüsse der Kommission ein, soweit dies für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben der Kommission erforderlich ist;
 - e) Sie beschließt Richtlinien für die Anerkennung von regionalen Pflanzenschutzorganisationen;
 - f) Sie gewährleistet die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen in Angelegenheiten, auf die sich dieses Übereinkommen erstreckt;
 - g) Sie beschließt Empfehlungen für die Umsetzungen dieses Übereinkommens, soweit dies erforderlich ist;

- h) Sie nimmt sonstige Aufgaben wahr, soweit dies zur Verwirklichung der Ziele dieses Übereinkommens erforderlich ist.
- 3. Die Mitgliedschaft in der Kommission steht allen Vertragschließenden Parteien offen.
- 4. Die Vertragschließenden Parteien werden in Tagungen der Kommission durch einen Delegierten vertreten. Dieser kann von einem Stellvertreter sowie von Sachverständigen oder Beratern begleitet werden. Stellvertreter, Sachverständige oder Berater sind berechtigt, an den Veranstaltungen der Kommission teilzunehmen, sie haben jedoch kein Stimmrecht, es sei denn, ein Stellvertreter wird ordnungsgemäß bevollmächtigt, den Delegierten zu vertreten.
- 5. Die Vertragschließenden Parteien unternehmen alle Anstrengungen, um alle Beschlüsse durch Konsens zu erreichen. Wenn alle Bemühungen, Konsens zu erreichen, vergeblich waren, und auf diese Weise kein Beschluß gefaßt werden kann, werden Beschlüsse durch Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragschließenden Parteien gefaßt.
- 6. Wenn eine Mitgliedsorganisation der FAO und ihre Mitglieder Vertragschließende Parteien sind, dann gilt für ihre Mitgliedschaft in der Kommission und die Verpflichtungen, die sich daraus ergeben, sinngemäß die Verfassung und allgemeinen Regeln der FAO.
- 7. Die Kommission gibt sich eine eigene Geschäftsordnung, die mit diesem Übereinkommen und der Verfassung der FAO im Einklang steht, und kann diese erforderlichenfalls auch ändern.
- 8. Einmal jährlich beruft der Vorsitzende der Kommission eine ordentliche Tagung der Kommission ein.
- 9. Außerordentliche Tagungen der Kommission werden durch den Vorsitzenden der Kommission auf Antrag von mindestens einem Drittel der Kommissionsmitglieder einberufen.
- 10. Die Kommission wählt ihren Vorsitzenden und höchstens zwei stellvertretende Vorsitzende, deren Amtszeit jeweils zwei Jahre beträgt.

Artikel XII

Sekretariat

- 1. Der Sekretär der Kommission wird vom Generaldirektor der FAO ernannt.
- 2. Der Sekretär wird durch Sekretariatspersonal im erforderlichen Ausmaß unterstützt.
- 3. Der Sekretär ist für die Umsetzung der Politik und der Aktivitäten der Kommission verantwortlich. Er führt auch andere Aufgaben aus, die ihm durch dieses Übereinkommen auferlegt werden und erstattet der Kommission darüber Bericht.
- 4. Der Sekretär verteilt:
 - a) Internationale Standards innerhalb von sechzig Tagen nach ihrer Annahme an alle Vertragschließenden Parteien;
 - b) Listen der Eintrittsstellen, die von Vertragschließenden Parteien gemäß Artikel VII Abs. 2 lit. d) übermittelt werden, an alle Vertragschließenden Parteien;
 - c) Listen der geregelten Schadorganismen, deren Einfuhr verboten ist oder die unter die Bestimmungen von Artikel VII Abs. 2 lit. i) fallen, an alle Vertragschließenden Parteien und an regionale Pflanzenschutzorganisationen;
 - d) Informationen von Vertragschließenden Parteien über phytosanitäre Anforderungen, Beschränkungen und Verbote, gemäß Artikel VII Abs. 2 lit. b) und Beschreibungen von nationalen amtlichen Pflanzenschutzorganisationen gemäß Artikel IV Abs. 4.
- 5. Der Sekretär sorgt für die Übersetzung der Unterlagen für Tagungen der Kommission und der internationalen Standards in die Amtssprachen der FAO.
- 6. Der Sekretär arbeitet mit den regionalen Pflanzenschutzorganisationen bei der Verwirklichung der Ziele dieses Übereinkommens zusammen.

Artikel XIII

Streitschlichtung

- 1. Ergeben sich Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens oder ist eine Vertragschließende Partei der Auffassung, daß eine von einer anderen Partei getroffene Maßnahme mit den Verpflichtungen, die der anderen Partei gemäß den Artikeln V und VII dieses Übereinkommens obliegen, unvereinbar ist, insbesondere hinsichtlich der Gründe für die Verhängung eines Einfuhrverbotes oder einer Einfuhrbeschränkung für Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse und andere geregelte Gegenstände mit Herkunft aus

dem Hoheitsgebiet der ersten Vertragschließenden Partei, dann nehmen die betroffenen Vertragschließenden Parteien so bald wie möglich miteinander Beratungen auf, um die Streitigkeiten beizulegen.

2. Ist es nicht möglich, die Streitigkeiten durch Beratungen gemäß Absatz 1 beizulegen, kann die betroffene Vertragschließende Partei bzw. können die betroffenen Vertragschließenden Parteien beim Generaldirektor der FAO die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung der Streitfrage gemäß den Regeln und Verfahren, die diesbezüglich von der Kommission erlassen werden können, beantragen.
3. Diesem Ausschuß gehören auch Vertreter aller beteiligten Vertragschließenden Parteien an. Der Ausschuß prüft die Streitfrage unter Berücksichtigung aller von den beteiligten Vertragschließenden Parteien vorgelegten sachdienlichen Unterlagen und Beweismittel. Der Ausschuß verfaßt über die fachlichen Aspekte der Streitigkeiten einen Bericht mit dem Ziel, eine Streitschlichtung herbeizuführen. Die Erstellung und Annahme des Berichtes erfolgt gemäß den Regeln und Verfahren, die diesbezüglich von der Kommission festgelegt werden. Der Generaldirektor der FAO übermittelt den Bericht den beteiligten Vertragschließenden Parteien. Der Bericht kann auf deren Antrag auch der für Streitschlichtung im Handel verantwortlichen internationalen Organisation übermittelt werden.
4. Die Vertragschließenden Parteien stimmen darin überein, daß die Empfehlungen dieses Ausschusses, obzwar von nicht verbindlichem Charakter, die Grundlage für eine Neuurteilung der Angelegenheit, aus der sich die Streitigkeiten ergeben haben, bilden werden.
5. Die beteiligten Vertragschließenden Parteien teilen sich die Kosten, die sich aufgrund der Tätigkeit der Sachverständigen ergeben.
6. Die Bestimmungen dieses Artikels gelten ergänzend zu den Streitschlichtungsbestimmungen, die aufgrund von anderen internationalen Abkommen betreffend Handelsangelegenheiten bestehen und stehen nicht in Widerspruch zu diesen.

Artikel XIV

Ersetzung früherer Übereinkommen

Dieses Übereinkommen setzt in den Beziehungen zwischen den Vertragschließenden Parteien die Internationale Konvention betreffend Maßnahmen gegen *Phyloxera vastatrix* vom 3. November 1881, das Berner Zusatzabkommen vom 15. April 1889 und das Internationale Pflanzenschutzabkommen von Rom vom 16. April 1929 außer Kraft und tritt an ihre Stelle.

Artikel XV

Territorialer Geltungsbereich

1. Jede Vertragschließende Partei kann zum Zeitpunkt der Ratifikation oder des Beitrittes oder jederzeit danach dem Generaldirektor der FAO eine Erklärung übermitteln, daß dieses Übereinkommen auf das gesamte Hoheitsgebiet oder einzelne Teile davon, deren internationale Beziehungen sie wahrnimmt, Anwendung findet. Dieses Übereinkommen tritt mit dem dreißigsten Tag nach Eingang der Erklärung beim Generaldirektor für alle darin bezeichneten Hoheitsgebiete in Kraft.
2. Jede Vertragschließende Partei, die dem Generaldirektor der FAO eine Erklärung nach Absatz 1 dieses Artikels übermittelt hat, kann jederzeit eine neue Erklärung übermitteln, durch die der Geltungsbereich einer früheren Erklärung geändert oder die Anwendung des Übereinkommens auf ein bestimmtes Hoheitsgebiet beendet wird. Die Änderung oder die Beendigung der Anwendung wird mit dem dreißigsten Tag nach Eingang der Erklärung beim Generaldirektor wirksam.
3. Der Generaldirektor der FAO unterrichtet alle Vertragschließenden Parteien von den gemäß diesem Artikel eingegangenen Erklärungen.

Artikel XVI

Zusätzliche Vereinbarungen

1. Die Vertragschließenden Parteien können zusätzliche Vereinbarungen schließen, um spezielle Pflanzenschutzprobleme, die besondere Aufmerksamkeit oder besondere Maßnahmen erfordern, zu behandeln. Derartige Abkommen können sich auf spezielle Regionen, Schadorganismen, Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse oder auf bestimmte Methoden des internationalen Handels mit Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen beziehen oder die Bestimmungen dieses Übereinkommens in anderer Weise ergänzen.
2. Jede derartige zusätzliche Vereinbarung tritt für alle betroffenen Vertragschließenden Parteien nach der Annahme gemäß den Vorschriften der betreffenden zusätzlichen Vereinbarungen in Kraft.

3. Zusätzliche Vereinbarungen dienen der Unterstützung der Ziele dieses Übereinkommens und müssen mit den Grundsätzen dieses Übereinkommens und mit ihren Bestimmungen übereinstimmen. Darüber hinaus müssen sie auch den Grundsätzen der Transparenz, der Nicht-Diskriminierung und der Vermeidung von verdeckten Beschränkungen, insbesondere im internationalen Handel, entsprechen.

Artikel XVII

Ratifikation und Beitritt

1. Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten bis zum 1. Mai 1952 zur Unterzeichnung auf. Es ist so bald wie möglich zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generaldirektor der FAO hinterlegt. Dieser benachrichtigt alle Unterzeichnerstaaten vom Zeitpunkt der Hinterlegung.
2. Die Staaten, welche dieses Übereinkommen nicht unterzeichnet haben, können ihm nach ihrem Inkrafttreten gemäß Artikel XXII beitreten. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Generaldirektor der FAO. Dieser benachrichtigt davon alle Vertragschließenden Parteien.
3. Wird eine Mitgliedsorganisation der FAO Vertragspartei dieses Übereinkommens, dann informiert sie gegebenenfalls zum Zeitpunkt ihres Beitrittes gemäß den Bestimmungen von Artikel II Abs. 7 der Verfassung der FAO über alle Änderungen oder Klarstellungen, die sich im Zusammenhang mit ihrer gemäß Artikel II Abs. 5 der Verfassung der FAO abgegebenen "Erklärung der Kompetenzverteilung" ergeben, soweit dies im Zusammenhang mit der Annahme dieses Übereinkommens erforderlich ist. Jede Vertragschließende Partei kann jederzeit eine Mitgliedsorganisation der FAO, die Vertragschließende Partei dieses Übereinkommens ist, um Auskunft darüber ersuchen, ob die Mitgliedsorganisation oder ihre Mitglieder für die Durchführung von Maßnahmen in einem bestimmten Bereich, der von diesem Übereinkommen erfaßt ist, verantwortlich sind. Diese Informationen werden von der Mitgliedsorganisation innerhalb eines angemessenen Zeitraums vorgelegt.

Artikel XVIII

Nicht-Vertragsparteien

Die Vertragschließenden Parteien ermutigen Staaten oder Mitgliedsorganisationen der FAO, die keine Vertragschließenden Parteien dieses Übereinkommens sind, dieses Übereinkommen anzunehmen und sie ermutigen jede Nicht-Vertragspartei, phytosanitäre Maßnahmen, die im Einklang mit diesem Übereinkommen stehen und internationale Standards, die gemäß diesem Übereinkommen beschlossen wurden, anzuwenden.

Artikel XIX

Sprachen

1. Dieses Übereinkommen ist in allen Amtssprachen der FAO authentisch.
2. Die Vertragschließenden Parteien sind aufgrund dieses Übereinkommens, mit Ausnahme der in Absatz 3 genannten Fälle, nicht verpflichtet, Dokumente oder Kopien davon in einer anderen Sprache als der Amtssprache (den Amtssprachen) der Vertragschließenden Partei zur Verfügung zu stellen oder zu veröffentlichen.
3. Die folgenden Dokumente werden zumindest in einer der Amtssprachen der FAO abgefaßt:
 - a) Informationen, die gemäß Artikel IV Abs. 4 vorgelegt werden;
 - b) Vermerke hinsichtlich der bibliographischen Daten von Dokumenten, die gemäß Artikel VII Abs. 2 lit. b) übermittelt werden;
 - c) Informationen, die gemäß den Artikeln VII Abs. 2 lit. b), d), i) und j) vorgelegt werden;
 - d) Vermerke hinsichtlich der bibliographischen Daten und eine kurze Zusammenfassung von sachdienlichen Dokumenten betreffend Informationen, die gemäß Artikel VIII Abs. 1 lit. a) vorgelegt werden;
 - e) Anfragen, die an Kontaktstellen gerichtet werden und Antworten auf derartige Anfragen, nicht aber Dokumente, die in der Anlage zu solchen Antworten übermittelt werden;
 - f) alle Dokumente, die von einer Vertragschließenden Partei für Tagungen der Kommission vorgelegt werden.

Artikel XX

Technische Unterstützung

Um die Umsetzung dieses Übereinkommens zu erleichtern, kommen die Vertragschließenden Parteien überein, die Bereitstellung technischer Unterstützung der Vertragschließenden Parteien, insbesondere wenn es sich um

Entwicklungsländer handelt, zu fördern, und zwar entweder auf bilateralem Wege oder über geeignete internationale Organisationen.

Artikel XXI

Abänderungen

1. Jeder Abänderungsvorschlag einer Vertragschließenden Partei zu diesem Übereinkommen ist dem Generaldirektor der FAO zu übermitteln.
2. Jeder Änderungsvorschlag, den eine Vertragschließende Partei beim Generaldirektor der FAO einbringt, wird einer ordentlichen oder außerordentlichen Tagung der Kommission zur Genehmigung vorgelegt. Werden mit einem Antrag wichtige Änderungen technischer Art vorgeschlagen oder den Vertragschließenden Parteien dadurch zusätzliche Verpflichtungen auferlegt, so wird der Vorschlag von einem beratenden Sachverständigenausschuß geprüft, der von der FAO vor der Behandlung durch die Kommission einberufen wird.
3. Jeder Vorschlag zur Änderung des Übereinkommens, abgesehen von Änderungen des Anhangs, wird den Vertragschließenden Parteien spätestens mit der Übersendung der Tagesordnung für die Tagung der Kommission, bei der dieser Vorschlag geprüft werden soll, durch den Generaldirektor der FAO bekanntgegeben.
4. Jeder derartige Änderungsvorschlag bedarf der Genehmigung durch die Kommission. Die Änderung tritt mit dem dreißigsten Tag nach ihrer Annahme durch zwei Drittel der Vertragschließenden Parteien in Kraft. Wenn eine Mitgliedsorganisation der FAO eine Annahmeerklärung im Sinne dieses Artikels abgibt, zählt diese nicht zusätzlich zu den Erklärungen der Mitglieder der Organisation.
5. Änderungen, die den Vertragschließenden Parteien neue Verpflichtungen auferlegen, treten für jede Vertragschließende Partei erst in Kraft, nachdem sie von ihr angenommen worden sind, und zwar mit dem dreißigsten Tag nach dieser Annahme. Urkunden über die Annahme von Änderungen, die neue Verpflichtungen mit sich bringen, werden beim Generaldirektor der FAO hinterlegt. Dieser setzt alle Vertragschließenden Parteien vom Eingang der Annahmearkunden und vom Inkrafttreten der Änderungen in Kenntnis.
6. Vorschläge für die Änderung der Muster für Pflanzengesundheitszeugnisse, die im Anhang dieses Übereinkommens festgelegt werden, sind dem Sekretär zu übermitteln und werden der Kommission zur Genehmigung vorgelegt. Derartige Änderungen treten neunzig Tage nach ihrer Bekanntgabe durch den Sekretär an die Vertragschließenden Parteien in Kraft.
7. Die vorhergehende Version des Pflanzengesundheitszeugnisses bleibt für Zwecke dieses Übereinkommens für einen Zeitraum von höchstens zwölf Monaten, gerechnet ab der Änderung des Musters, weiterhin gültig.

Artikel XXII

Inkrafttreten

Sobald dieses Übereinkommen von drei Unterzeichnerstaaten ratifiziert worden ist, tritt es zwischen ihnen in Kraft. Für die anderen Staaten oder Mitgliedsorganisationen tritt es mit Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel XXIII

Kündigung

1. Jede Vertragschließende Partei kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generaldirektor der FAO gerichtete Notifikation jederzeit kündigen. Der Generaldirektor setzt alle Vertragschließenden Parteien hievon sofort in Kenntnis.
2. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generaldirektor der FAO wirksam.

Vorblatt

Problem:

Die Internationale Pflanzenschutzkonvention trat für Österreich am 21. Oktober 1952 in Kraft und wurde im Bundesgesetzblatt unter der Nr. 86/1953 verlautbart.

Dieses Abkommen wurde im November 1979 revidiert, die Annahmeerklärung Österreichs ist im BGBl. Nr. 808/1994 veröffentlicht.

Es wurde eine neuerliche Revision nötig, insbesondere um eine Anpassung an das WTO/SPS- Abkommen sowie den Beitritt supranationaler Organisationen wie der EU zur IPPC zu ermöglichen.

Ziel:

Der neuerlich revidierte Text der Internationalen Pflanzenschutzkonvention soll den oben angeführten Problemen Rechnung tragen. Es werden die erforderlichen Anpassungen vorgenommen, aber auch die Begriffsbestimmungen den neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen angepaßt.

Alternative:

keine.

Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Österreich:

Es sind Erleichterungen für österreichische Exporte von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen aufgrund der verbesserten Transparenz bei Importbeschränkungen zu erwarten. Eine genaue Quantifizierung ist aufgrund der mangelnden Erfahrungswerte nicht möglich.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Die Konvention ist als ein gesetzergänzender sowie gesetz- und verfassungsändernder, nicht politischer Staatsvertrag gemäß Art. 50 Abs.3 B-VG zu behandeln und im Nationalrat und im Bundesrat mit den im Art. 44 Abs.1 und 2 B-VG vorgesehenen Quoren zu beschließen.

Kosten:

Keine zusätzlichen Kosten. Die erforderlichen Strukturen der amtlichen nationalen Pflanzenschutzorganisation sind bereits vorhanden.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Kompetenzgrundlagen:

Die Internationale Pflanzenschutzkonvention in der Fassung des neuerlich revidierten Textes ist ein gesetzändernder und Gesetzesergänzender, nicht politischer Staatsvertrag. Der Art. XXI Abs. 5 erster Satz der Konvention ist verfassungsändernd, da er ein Staatengemeinschaftsorgan ermächtigt, in Angelegenheiten, die in Ausführungsgesetzgebung und Vollziehung Landessache sind, für Österreich unmittelbar verbindliche Normen zu setzen. Die Konvention bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 und 3 B-VG der Genehmigung des Nationalrates und des Bundesrates.

Der neuerlich revidierte Text der Konvention ist entweder innerstaatlich durch nationale Pflanzenschutzvorschriften als erfüllt anzusehen, oder er kann in den nach Gemeinschaftsrecht harmonisierten Bereichen aufgrund gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften erst umgesetzt werden, deshalb ist ein Beschluß gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich.

Kosten:

Es werden durch die Umsetzung der IPPC keine zusätzlichen Kosten hervorgerufen, da insbesondere die erforderlichen Strukturen der nationalen Pflanzenschutzorganisation im erforderlichen Ausmaß vorhanden sind. Kosten, die durch mögliche zukünftige Änderungen gemäß Art. XXI hervorgerufen werden könnten, sind nicht vorhersehbar. Derartige Kosten könnten sich aber nur in einem geringfügigen Bereich bewegen, da derartige Änderungen nur eine Verschiebung oder leichte Erhöhung der Ausgaben hervorrufen dürfen (siehe ausführliche Darstellung zu Art. XXI).

Vorgeschichte:

Die internationale Pflanzenschutzkonvention, verlautbart im BGBl. Nr. 86/1953, trat für Österreich am 21. Oktober 1952 in Kraft.

Diese Konvention wurde erstmals revidiert durch die FAO-Konferenz, und zwar auf deren 20. Tagung im November 1979. Die Annahmeerklärung Österreichs wurde veröffentlicht mit BGBl. Nr. 808/1994.

Im Jahre 1995 erging eine Empfehlung des Landwirtschaftsausschusses der FAO (COAG) betreffend eine Revision der IPPC mit den vorrangigen Zielen der Herbeiführung einer Übereinstimmung mit dem WTO/SPS-Abkommen sowie Einrichtung eines Verfahrens zur Ausarbeitung von internationalen Standards für phytosanitäre Maßnahmen.

Im Anschluß erging eine Einladung an alle nationalen Pflanzenschutzdienste, Vorschläge für die Revision zu unterbreiten. Aufgrund dieser Vorschläge sowie der Ergebnisse der 7. Fachtagung der Regionalen Pflanzenschutzorganisationen im September 1995 wurde im März 1996 ein Textentwurf im Rahmen eines Expertenausschusses geprüft. Der überarbeitete Entwurf wurde anschließend allen FAO- Mitgliedern bzw. IPPC- Vertragsparteien zur Stellungnahme übermittelt.

Österreich hat in der Fachtagung der Regierungsvertreter im Jänner 1997 sowie in der Fachtagung im Rahmen der Tagung des FAO- Landwirtschaftsausschusses im April 1997 im Rahmen der EU bei der Weiterentwicklung des Textes mitgewirkt.

Im November 1997 wurde der revidierte Text der IPPC in der 29. Tagung der FAO-Konferenz angenommen.

Für den Zeitraum bis zum Inkrafttreten des neuerlichen revidierten Textes wurden spezielle Übergangsmaßnahmen beschlossen, wie insbesondere die Schaffung der Interimkommission für phytosanitäre Maßnahmen.

Besonderer Teil

Gleichlautende Abänderungen in den einzelnen Artikeln:

Die in der derzeit geltenden Fassung verwendeten Begriffe "Parteien" und "Staaten" werden durchgängig durch den Begriff "Vertragschließende Parteien" ersetzt.

Präambel

Die Präambel wurde um wesentliche Punkte ergänzt, wodurch die mit der Revision verbundenen Zielsetzungen zum Ausdruck gebracht werden. Insbesondere wird auf den Grundsatz der Transparenz von phytosanitären Maßnahmen, auf die Festlegung eines Verfahrens für die Ausarbeitung von phytosanitären Standards, auf die angemessene Berücksichtigung der menschlichen und tierischen Gesundheit sowie der Umwelt und auf die Notwendigkeit der Übereinstimmung mit dem Abkommen über die Anwendung von sanitären und phytosanitären Maßnahmen im Rahmen der WTO hingewiesen.

Art. I**Zu Z 3:**

Im Hinblick auf einen Beitritt supranationaler Organisationen (z.B. der Europäischen Union) erfolgt eine Klarstellung über die Kompetenzverteilung zwischen derartigen Organisationen und ihren Mitgliedstaaten.

Zu Z 4:

Da Schadorganismen von Pflanzen auch durch Verpackungsmaterial und Erde verbreitet werden, wird die IPPC auch auf diese Gegenstände ausgedehnt.

Art. II

Zwischenzeitlich wurde im "Glossary of Phytosanitary Terms" - einem Internationalen Standard der FAO - eine detaillierte Festlegung neuer Begriffsbestimmungen vorgenommen. Aus diesem Grund ist eine Anpassung der Definitionen auch in dieser Konvention vorzunehmen.

Art. III

Dieser Artikel stellt klar, daß die Rechte und Verpflichtungen der Vertragsparteien aufgrund anderer internationaler Abkommen (wie z.B. WTO/SPS) unberührt bleiben.

Art. IV

In diesem Artikel wurden einerseits bestehende Aufgaben der nationalen Pflanzenschutzorganisation konkretisiert, andererseits wurden neue Aufgaben formuliert, wie z.B. Einrichtung von schadorganismusfreien Gebieten, die Durchführung von Risikoanalysen für Schadorganismen und die Aus- bzw. Weiterbildung der Bediensteten.

Art. V

Hinsichtlich der Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen wird die Möglichkeit geschaffen, diese auch mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung herzustellen. Im Hinblick auf zusätzliche Erklärungen wird das Erfordernis der fachlichen Rechtfertigung dieser Erklärung eingeführt.

Art. VI

Phytopsanitäre Maßnahmen dürfen nur hinsichtlich Quarantäneschadorganismen und geregelter Nicht-Quarantäneschadorganismen verhängt werden, wenn in bezug auf diese Schadorganismen auch Maßnahmen im Hoheitsgebiet der einführenden Vertragsparteien getroffen werden und diese Maßnahmen fachlich gerechtfertigt sind. Damit soll vermieden werden, daß Vertragsparteien Handelshemmnisse unter Hinweis auf phytopsanitäre Erfordernisse errichten.

Art. VII

Im Hinblick auf die Anordnung von Einfuhrverboten oder anderen Beschränkungen wird der Grundsatz eingeführt, daß diese Verbote oder Beschränkungen fachlich gerechtfertigt und dem phytopsanitären Risiko angemessen sein müssen. Für den Fall, daß sich die Voraussetzungen für die Verhängung derartiger Maßnahmen ändern, sind diese umgehend der geänderten Situation anzugleichen.

Neu eingeführt wird ein Konzept der laufenden Überwachung von Schadorganismen, um deren Entwicklung beurteilen zu können. Im Hinblick auf die Verhängung phytopsanitärer Maßnahmen wird eine Klassifizierung der Schadorganismen vorgesehen.

Im Falle einer Feststellung von Schadorganismen, die eine potentielle Gefahr darstellen, können zeitlich befristete Notmaßnahmen ergriffen werden.

Art. VIII

Die bestehende internationale Zusammenarbeit wurde im Hinblick auf den Informationsaustausch betreffend Risikoanalysen für Schadorganismen ausgedehnt.

Zur Erleichterung des Informationsaustausches richten alle Vertragsparteien eine Kontaktstelle ein.

Art. IX

Durch eine Zusammenarbeit der regionalen Pflanzenschutzorganisationen (wie z.B. der EPPO - der Europäischen und Mittelmeerländischen Pflanzenschutzorganisation) mit dem Sekretär soll die Kooperation derartiger Organisationen untereinander erleichtert werden und ihre Einbindung bei der Entwicklung internationaler Standards gefördert werden.

Art. X

Internationale Standards für phytopsanitäre Maßnahmen (ISPM) wurden bisher vom Expertenausschuß für phytopsanitäre Maßnahmen, der vom Generaldirektor der FAO eingesetzt wurde, ausgearbeitet und von der FAO

- Konferenz angenommen. Zur Beschleunigung dieses Verfahrens ist nunmehr die Ausarbeitung und Annahme derartiger Standards durch die Kommission für phytosanitäre Maßnahmen vorgesehen.

Regionale Standards können als Ausgangsbasis für internationale Standards herangezogen werden.

Bei der Durchführung phytosanitärer Maßnahmen sollten die internationalen Standards so weit als möglich berücksichtigt werden.

Art. XI

Zur Umsetzung der Ziele der Konvention wird die Kommission für phytosanitäre Maßnahmen eingesetzt. Ihre Aufgaben bestehen im wesentlichen in der Annahme von internationalen Standards, sowie in der internationalen Koordination von phytosanitären Aktivitäten. Die Verfahrensregeln für die Tätigkeit der Kommission werden im Detail festgelegt.

Art. XII

Das bereits provisorisch eingerichtete Sekretariat wird nunmehr rechtlich formalisiert und es wurden die Einzelheiten seiner Tätigkeit festgelegt.

Art. XIII

Es erfolgte die Ergänzung des bisherigen Streitschlichtungsverfahrens durch die Verpflichtung, daß vor der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses bilaterale Beratungen zwischen den Streitparteien aufgenommen werden, um den Streit möglichst schon auf diese Art beizulegen. Darüberhinaus wird darauf hingewiesen, daß dieses Verfahren komplementär zu anderen Streitschlichtungsverfahren (z.B. dem WTO/SPS- Verfahren) zu verstehen ist.

Art. XV

Hier wird den Vertragschließenden Parteien die Möglichkeit eingeräumt, die IPPC in bestimmten Teilen ihres Hoheitsgebietes (z.B. exterritoriale Gebiete, Kolonien) nicht anzuwenden.

Art. XVI

Der Grundsatz der Transparenz und Nicht- Diskriminierung (WTO/SPS- Abkommen) ist nun auch bei zusätzlichen Vereinbarungen, die in Zusammenhang mit der IPPC getroffen werden, zu beachten.

Art. XVII

Für einen allfälligen Beitritt von Mitgliedsorganisationen der FAO (EU) zur IPPC wird die Verpflichtung zur „Erklärung der Kompetenzverteilung“ vorgesehen, damit alle anderen Vertragschließenden Parteien jederzeit darüber informiert sind, ob die Kompetenz hinsichtlich einer bestimmten Angelegenheit bei der Mitgliedsorganisation oder bei den einzelnen Mitgliedern dieser Organisation liegt.

Art. XVIII

Langfristig sollte erreicht werden, daß die IPPC und die internationalen Standards für phytosanitäre Maßnahmen weltweit Anwendung finden.

Art. XIX

Die FAO hat fünf offizielle Sprachen, und zwar: Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch und Chinesisch. Diese Sprachenregelung soll weitgehend auch auf den Schriftverkehr und die Übermittlung von Informationen an den Sekretär bzw. an die Kommission Anwendung finden. Darüberhinaus sind auch bestimmte Informationen über Einfuhrverbote und andere Beschränkungen in einer der fünf offiziellen Sprachen der FAO zu veröffentlichen.

Art. XX

Damit auch Entwicklungsländer, die Vertragschließende Parteien der IPPC sind, in der Lage sind, die phytosanitären Anforderungen der Industrieländer zu erfüllen, soll die fachliche Unterstützung (z.B. Schulungsprogramme) verstärkt und international koordiniert werden.

Art. XXI

Änderungen zur IPPC können zukünftig durch die Kommission anstelle der FAO- Konferenz beschlossen werden. Dies gilt auch für die Muster der Pflanzengesundheitszeugnisse, die im Anhang der IPPC festgelegt werden. Änderungsvorschläge treten mit dem dreißigsten Tag nach der Annahme durch zwei Drittel der Vertragschließenden Parteien in Kraft. Diese Bestimmung ist als verfassungsändernd im Sinne des Art. 50 Abs. 3 B-VG zu behandeln, weil durch sie einem zwischenstaatlichen Organ (der Kommission für Phytosanitäre Maßnahmen in Verbindung mit der Annahmeerklärung durch zwei Drittel der Vertragschließenden Parteien) die Befugnis eingeräumt wird, den Vertrag zu ändern, und somit eine für Österreich unmittelbare Normsetzungsbefugnis auch im Hinblick auf Angelegenheiten eingeräumt wird, die gemäß Art. 12 Abs. 1 Z 4 B-VG („Schutz der Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge“) in der Ausführungsgesetzgebung und in der

Vollziehung Landessache sind. Da somit durch diese Bestimmung unter Umständen auch Hoheitsrechte der Länder auf ein zwischenstaatliches Organ übertragen werden, kann von der in Art. 9 Abs. 2 B-VG angeführten Möglichkeit im vorliegenden Fall nicht Gebrauch gemacht werden. Änderungen, die den Vertragschließenden Parteien neue Verpflichtungen auferlegen, sollen jedoch hinsichtlich jeder Vertragschließenden Partei erst mit dem dreißigsten Tag nach ihrer Annahme in Kraft treten (Abs. 5). Bereits für die gleichgelagerte Bestimmung in Art. XIII Abs. 4 der revidierten Fassung der Konvention von 1979 hat das Komitee für Verfassungsangelegenheiten und gesetzliche Angelegenheiten der FAO (CCLM) sich eingehend mit der Frage befaßt, ob und welche Änderungsvorschläge „neue Verpflichtungen“ bewirken und hat nach Prüfung des Zwecks der Bestimmung festgestellt, daß bei Änderungen, die zu einer Verschiebung oder leichten Erhöhung der Ausgaben oder die zu geringfügigen Berichtigungen des innerstaatlichen Rechts führen, nicht von einer neuen Verpflichtung gesprochen werden kann. Eine Änderung kann zwar eine neue Verpflichtung mit sich bringen, wenn die bestehende Verpflichtung durch die Änderung derart umgeformt wird, daß sie sich auch in der Art von der ursprünglichen Verpflichtung unterscheidet. Es kann somit nicht jede Ausweitung einer bestehenden Verpflichtung eo ipso als eine neue Verpflichtung angesehen werden. Es kann aber Fälle geben, bei denen eine solche Ausweitung als einer neuen Verpflichtung gleichkommend angesehen werden kann, wenn sie z.B. substantielle finanzielle Auswirkungen hat oder die der Vertragschließenden Partei auferlegte Belastung im Vergleich zur bestehenden Belastung unverhältnismäßig ist.

Muster für das Pflanzengesundheitszeugnis

Die sogenannte Zertifizierungsklausel des Zeugnisses wird dahingehend ergänzt, daß sie nunmehr Bezug auf die offizielle Liste der Quarantäneschadorganismen der einführenden Vertragschließenden Partei nimmt. Darüberhinaus bezieht sich diese Klausel nun auch auf Geregelte Nicht- Quarantäneschadorganismen (siehe Artikel VI). Eine Bestätigung über die Freiheit von sonstigen (nicht geregelten) Schadorganismen wird als freiwillige Klausel eingefügt. Im Muster eines Pflanzengesundheitszeugnisses für den Wiederausfuhr wird der Begriff „Ursprungsland“ durch den Begriff „Ursprungsvertragspartei“ ersetzt.

INTERNATIONAL PLANT PROTECTION CONVENTION

(New Revised Text approved by the FAO Conference
at its 29th Session - November 1997)

PREAMBLE

The contracting parties,

- *recognizing* the necessity for international cooperation in controlling pests of plants and plant products and in preventing their international spread, and especially their introduction into endangered areas;
- *recognizing* that phytosanitary measures should be technically justified, transparent and should not be applied in such a way as to constitute either a means of arbitrary or unjustified discrimination or a disguised restriction, particularly on international trade;
- *desiring* to ensure close coordination of measures directed to these ends;
- *desiring* to provide a framework for the development and application of harmonized phytosanitary measures and the elaboration of international standards to that effect;
- *taking into account* internationally approved principles governing the protection of plant, human and animal health, and the environment; and
- *noting* the agreements concluded as a result of the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations, including the Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures;

have agreed as follows:

ARTICLE I

Purpose and responsibility

1. With the purpose of securing common and effective action to prevent the spread and introduction of pests of plants and plant products, and to promote appropriate measures for their control, the contracting parties undertake to adopt the legislative, technical and administrative measures specified in this Convention and in supplementary agreements pursuant to Article XVI.
2. Each contracting party shall assume responsibility, without prejudice to obligations assumed under other international agreements, for the fulfilment within its territories of all requirements under this Convention.
3. The division of responsibilities for the fulfilment of the requirements of this Convention between member organizations of FAO and their member states that are contracting parties shall be in accordance with their respective competencies.
4. Where appropriate, the provisions of this Convention may be deemed by contracting

New revised text of the International Plant Protection Convention

parties to extend, in addition to plants and plant products, to storage places, packaging, conveyances, containers, soil and any other organism, object or material capable of harbouring or spreading plant pests, particularly where international transportation is involved.

ARTICLE II

Use of terms

1. For the purpose of this Convention, the following terms shall have the meanings hereunder assigned to them:

“Area of low pest prevalence” - an area, whether all of a country, part of a country, or all or parts of several countries, as identified by the competent authorities, in which a specific pest occurs at low levels and which is subject to effective surveillance, control or eradication measures;

“Commission” - the Commission on Phytosanitary Measures established under Article XI;

“Endangered area” - an area where ecological factors favour the establishment of a pest whose presence in the area will result in economically important loss;

“Establishment” - perpetuation, for the foreseeable future, of a pest within an area after entry;

“Harmonized phytosanitary measures” - phytosanitary measures established by contracting parties based on international standards;

“International standards” - international standards established in accordance with Article X, paragraphs 1 and 2;

“Introduction” - the entry of a pest resulting in its establishment;

“Pest” - any species, strain or biotype of plant, animal or pathogenic agent injurious to plants or plant products;

“Pest risk analysis” - the process of evaluating biological or other scientific and economic evidence to determine whether a pest should be regulated and the strength of any phytosanitary measures to be taken against it;

“Phytosanitary measure” - any legislation, regulation or official procedure having the purpose to prevent the introduction and/or spread of pests;

“Plant products” - unmanufactured material of plant origin (including grain) and those manufactured products that, by their nature or that of their processing, may create a risk for the introduction and spread of pests;

“Plants” - living plants and parts thereof, including seeds and germplasm;

“Quarantine pest” - a pest of potential economic importance to the area endangered thereby and not yet present there, or present but not widely distributed and being officially controlled;

“Regional standards” - standards established by a regional plant protection organization for the guidance of the members of that organization;

“Regulated article” - any plant, plant product, storage place, packaging, conveyance, container, soil and any other organism, object or material capable of harbouring or spreading pests, deemed to require phytosanitary measures, particularly where international transportation is involved;

“Regulated non-quarantine pest” - a non-quarantine pest whose presence in plants for planting

New revised text of the International Plant Protection Convention

affects the intended use of those plants with an economically unacceptable impact and which is therefore regulated within the territory of the importing contracting party;

“Regulated pest” - a quarantine pest or a regulated non-quarantine pest;

“Secretary” - Secretary of the Commission appointed pursuant to Article XII;

“Technically justified” - justified on the basis of conclusions reached by using an appropriate pest risk analysis or, where applicable, another comparable examination and evaluation of available scientific information.

2. The definitions set forth in this Article, being limited to the application of this Convention, shall not be deemed to affect definitions established under domestic laws or regulations of contracting parties.

ARTICLE III

Relationship with other international agreements

Nothing in this Convention shall affect the rights and obligations of the contracting parties under relevant international agreements.

ARTICLE IV

General provisions relating to the organizational arrangements for national plant protection

1. Each contracting party shall make provision, to the best of its ability, for an official national plant protection organization with the main responsibilities set out in this Article.

2. The responsibilities of an official national plant protection organization shall include the following:

- a) the issuance of certificates relating to the phytosanitary regulations of the importing contracting party for consignments of plants, plant products and other regulated articles;
- b) the surveillance of growing plants, including both areas under cultivation (*inter alia* fields, plantations, nurseries, gardens, greenhouses and laboratories) and wild flora, and of plants and plant products in storage or in transportation, particularly with the object of reporting the occurrence, outbreak and spread of pests, and of controlling those pests, including the reporting referred to under Article VIII paragraph 1(a);
- c) the inspection of consignments of plants and plant products moving in international traffic and, where appropriate, the inspection of other regulated articles, particularly with the object of preventing the introduction and/or spread of pests;
- d) the disinfection or disinfection of consignments of plants, plant products and other regulated articles moving in international traffic, to meet phytosanitary requirements;
- e) the protection of endangered areas and the designation, maintenance and

New revised text of the International Plant Protection Convention

- surveillance of pest free areas and areas of low pest prevalence;
 - f) the conduct of pest risk analyses;
 - g) to ensure through appropriate procedures that the phytosanitary security of consignments after certification regarding composition, substitution and reinfestation is maintained prior to export; and
 - h) training and development of staff.
3. Each contracting party shall make provision, to the best of its ability, for the following:
- a) the distribution of information within the territory of the contracting party regarding regulated pests and the means of their prevention and control;
 - b) research and investigation in the field of plant protection;
 - c) the issuance of phytosanitary regulations; and
 - d) the performance of such other functions as may be required for the implementation of this Convention.
4. Each contracting party shall submit a description of its official national plant protection organization and of changes in such organization to the Secretary. A contracting party shall provide a description of its organizational arrangements for plant protection to another contracting party, upon request.

ARTICLE V

Phytosanitary certification

1. Each contracting party shall make arrangements for phytosanitary certification, with the objective of ensuring that exported plants, plant products and other regulated articles and consignments thereof are in conformity with the certifying statement to be made pursuant to paragraph 2(b) of this Article.
2. Each contracting party shall make arrangements for the issuance of phytosanitary certificates in conformity with the following provisions:
- a) Inspection and other related activities leading to issuance of phytosanitary certificates shall be carried out only by or under the authority of the official national plant protection organization. The issuance of phytosanitary certificates shall be carried out by public officers who are technically qualified and duly authorized by the official national plant protection organization to act on its behalf and under its control with such knowledge and information available to those officers that the authorities of importing contracting parties may accept the phytosanitary certificates with confidence as dependable documents.
 - b) Phytosanitary certificates, or their electronic equivalent where accepted by the importing contracting party concerned, shall be as worded in the models set out in the Annex to this Convention. These certificates should be completed and issued taking into account relevant international standards.
 - c) Uncertified alterations or erasures shall invalidate the certificates.

New revised text of the International Plant Protection Convention

3. Each contracting party undertakes not to require consignments of plants or plant products or other regulated articles imported into its territories to be accompanied by phytosanitary certificates inconsistent with the models set out in the Annex to this Convention. Any requirements for additional declarations shall be limited to those technically justified.

ARTICLE VI

Regulated pests

1. Contracting parties may require phytosanitary measures for quarantine pests and regulated non-quarantine pests, provided that such measures are:

- a) no more stringent than measures applied to the same pests, if present within the territory of the importing contracting party; and
- b) limited to what is necessary to protect plant health and/or safeguard the intended use and can be technically justified by the contracting party concerned.

2. Contracting parties shall not require phytosanitary measures for non-regulated pests.

ARTICLE VII

Requirements in relation to imports

1. With the aim of preventing the introduction and/or spread of regulated pests into their territories, contracting parties shall have sovereign authority to regulate, in accordance with applicable international agreements, the entry of plants and plant products and other regulated articles and, to this end, may:

- a) prescribe and adopt phytosanitary measures concerning the importation of plants, plant products and other regulated articles, including, for example, inspection, prohibition on importation, and treatment;
- b) refuse entry or detain, or require treatment, destruction or removal from the territory of the contracting party, of plants, plant products and other regulated articles or consignments thereof that do not comply with the phytosanitary measures prescribed or adopted under subparagraph (a);
- c) prohibit or restrict the movement of regulated pests into their territories;
- d) prohibit or restrict the movement of biological control agents and other organisms of phytosanitary concern claimed to be beneficial into their territories.

New revised text of the International Plant Protection Convention

2. In order to minimize interference with international trade, each contracting party, in exercising its authority under paragraph 1 of this Article, undertakes to act in conformity with the following:

- a) Contracting parties shall not, under their phytosanitary legislation, take any of the measures specified in paragraph 1 of this Article unless such measures are made necessary by phytosanitary considerations and are technically justified.
- b) Contracting parties shall, immediately upon their adoption, publish and transmit phytosanitary requirements, restrictions and prohibitions to any contracting party or parties that they believe may be directly affected by such measures.
- c) Contracting parties shall, on request, make available to any contracting party the rationale for phytosanitary requirements, restrictions and prohibitions.
- d) If a contracting party requires consignments of particular plants or plant products to be imported only through specified points of entry, such points shall be so selected as not to unnecessarily impede international trade. The contracting party shall publish a list of such points of entry and communicate it to the Secretary, any regional plant protection organization of which the contracting party is a member, all contracting parties which the contracting party believes to be directly affected, and other contracting parties upon request. Such restrictions on points of entry shall not be made unless the plants, plant products or other regulated articles concerned are required to be accompanied by phytosanitary certificates or to be submitted to inspection or treatment.
- e) Any inspection or other phytosanitary procedure required by the plant protection organization of a contracting party for a consignment of plants, plant products or other regulated articles offered for importation, shall take place as promptly as possible with due regard to their perishability.
- f) Importing contracting parties shall, as soon as possible, inform the exporting contracting party concerned or, where appropriate, the re-exporting contracting party concerned, of significant instances of non-compliance with phytosanitary certification. The exporting contracting party or, where appropriate, the re-exporting contracting party concerned, should investigate and, on request, report the result of its investigation to the importing contracting party concerned.
- g) Contracting parties shall institute only phytosanitary measures that are technically justified, consistent with the pest risk involved and represent the least restrictive measures available, and result in the minimum impediment to the international movement of people, commodities and conveyances.
- h) Contracting parties shall, as conditions change, and as new facts become available, ensure that phytosanitary measures are promptly modified or removed if found to be unnecessary.
- i) Contracting parties shall, to the best of their ability, establish and update lists of regulated pests, using scientific names, and make such lists available to the Secretary, to regional plant protection organizations of which they are members and, on request, to other contracting parties.
- j) Contracting parties shall, to the best of their ability, conduct surveillance for pests and develop and maintain adequate information on pest status in order to support categorization of pests, and for the development of appropriate

New revised text of the International Plant Protection Convention

phytosanitary measures. This information shall be made available to contracting parties, on request.

3. A contracting party may apply measures specified in this Article to pests which may not be capable of establishment in its territories but, if they gained entry, cause economic damage. Measures taken against these pests must be technically justified.

4. Contracting parties may apply measures specified in this Article to consignments in transit through their territories only where such measures are technically justified and necessary to prevent the introduction and/or spread of pests.

5. Nothing in this Article shall prevent importing contracting parties from making special provision, subject to adequate safeguards, for the importation, for the purpose of scientific research, education, or other specific use, of plants and plant products and other regulated articles, and of plant pests.

6. Nothing in this Article shall prevent any contracting party from taking appropriate emergency action on the detection of a pest posing a potential threat to its territories or the report of such a detection. Any such action shall be evaluated as soon as possible to ensure that its continuance is justified. The action taken shall be immediately reported to contracting parties concerned, the Secretary, and any regional plant protection organization of which the contracting party is a member.

ARTICLE VIII

International cooperation

1. The contracting parties shall cooperate with one another to the fullest practicable extent in achieving the aims of this Convention, and shall in particular:

- a) cooperate in the exchange of information on plant pests, particularly the reporting of the occurrence, outbreak or spread of pests that may be of immediate or potential danger, in accordance with such procedures as may be established by the Commission;
- b) participate, in so far as is practicable, in any special campaigns for combatting pests that may seriously threaten crop production and need international action to meet the emergencies; and
- c) cooperate, to the extent practicable, in providing technical and biological information necessary for pest risk analysis.

2. Each contracting party shall designate a contact point for the exchange of information connected with the implementation of this Convention.

New revised text of the International Plant Protection Convention

ARTICLE IX**Regional plant protection organizations**

1. The contracting parties undertake to cooperate with one another in establishing regional plant protection organizations in appropriate areas.
2. The regional plant protection organizations shall function as the coordinating bodies in the areas covered, shall participate in various activities to achieve the objectives of this Convention and, where appropriate, shall gather and disseminate information.
3. The regional plant protection organizations shall cooperate with the Secretary in achieving the objectives of the Convention and, where appropriate, cooperate with the Secretary and the Commission in developing international standards.
4. The Secretary will convene regular Technical Consultations of representatives of regional plant protection organizations to:
 - a) promote the development and use of relevant international standards for phytosanitary measures; and
 - b) encourage inter-regional cooperation in promoting harmonized phytosanitary measures for controlling pests and in preventing their spread and/or introduction.

ARTICLE X**Standards**

1. The contracting parties agree to cooperate in the development of international standards in accordance with the procedures adopted by the Commission.
2. International standards shall be adopted by the Commission.
3. Regional standards should be consistent with the principles of this Convention; such standards may be deposited with the Commission for consideration as candidates for international standards for phytosanitary measures if more broadly applicable.
4. Contracting parties should take into account, as appropriate, international standards when undertaking activities related to this Convention.

ARTICLE XI**Commission on Phytosanitary Measures**

1. Contracting parties agree to establish the Commission on Phytosanitary Measures within the framework of the Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO).
2. The functions of the Commission shall be to promote the full implementation of the objectives of the Convention and, in particular, to:
 - a) review the state of plant protection in the world and the need for action to control

New revised text of the International Plant Protection Convention

the international spread of pests and their introduction into endangered areas;

- b) establish and keep under review the necessary institutional arrangements and procedures for the development and adoption of international standards, and to adopt international standards;
- c) establish rules and procedures for the resolution of disputes in accordance with Article XIII;
- d) establish such subsidiary bodies of the Commission as may be necessary for the proper implementation of its functions;
- e) adopt guidelines regarding the recognition of regional plant protection organizations;
- f) establish cooperation with other relevant international organizations on matters covered by this Convention;
- g) adopt such recommendations for the implementation of the Convention as necessary; and
- h) perform such other functions as may be necessary to the fulfilment of the objectives of this Convention.

3. Membership in the Commission shall be open to all contracting parties.

4. Each contracting party may be represented at sessions of the Commission by a single delegate who may be accompanied by an alternate, and by experts and advisers. Alternates, experts and advisers may take part in the proceedings of the Commission but may not vote, except in the case of an alternate who is duly authorized to substitute for the delegate.

5. The contracting parties shall make every effort to reach agreement on all matters by consensus. If all efforts to reach consensus have been exhausted and no agreement is reached, the decision shall, as a last resort, be taken by a two-thirds majority of the contracting parties present and voting.

6. A member organization of FAO that is a contracting party and the member states of that member organization that are contracting parties shall exercise their membership rights and fulfil their membership obligations in accordance, *mutatis mutandis*, with the Constitution and General Rules of FAO.

7. The Commission may adopt and amend, as required, its own Rules of Procedure, which shall not be inconsistent with this Convention or with the Constitution of FAO.

8. The Chairperson of the Commission shall convene an annual regular session of the Commission.

9. Special sessions of the Commission shall be convened by the Chairperson of the Commission at the request of at least one-third of its members.

10. The Commission shall elect its Chairperson and no more than two Vice-Chairpersons, each of whom shall serve for a term of two years.

New revised text of the International Plant Protection Convention

ARTICLE XII**Secretariat**

1. The Secretary of the Commission shall be appointed by the Director-General of FAO.
2. The Secretary shall be assisted by such secretariat staff as may be required.
3. The Secretary shall be responsible for implementing the policies and activities of the Commission and carrying out such other functions as may be assigned to the Secretary by this Convention and shall report thereon to the Commission.
4. The Secretary shall disseminate:
 - a) international standards to all contracting parties within sixty days of adoption;
 - b) to all contracting parties, lists of points of entry under Article VII paragraph 2(d) communicated by contracting parties;
 - c) lists of regulated pests whose entry is prohibited or referred to in Article VII paragraph 2(i) to all contracting parties and regional plant protection organizations;
 - d) information received from contracting parties on phytosanitary requirements, restrictions and prohibitions referred to in Article VII paragraph 2(b), and descriptions of official national plant protection organizations referred to in Article IV paragraph 4.
5. The Secretary shall provide translations in the official languages of FAO of documentation for meetings of the Commission and international standards.
6. The Secretary shall cooperate with regional plant protection organizations in achieving the aims of the Convention.

ARTICLE XIII**Settlement of disputes**

1. If there is any dispute regarding the interpretation or application of this Convention, or if a contracting party considers that any action by another contracting party is in conflict with the obligations of the latter under Articles V and VII of this Convention, especially regarding the basis of prohibiting or restricting the imports of plants, plant products or other regulated articles coming from its territories, the contracting parties concerned shall consult among themselves as soon as possible with a view to resolving the dispute.
2. If the dispute cannot be resolved by the means referred to in paragraph 1, the contracting party or parties concerned may request the Director-General of FAO to appoint a committee of experts to consider the question in dispute, in accordance with rules and procedures that may be established by the Commission.
3. This Committee shall include representatives designated by each contracting party concerned. The Committee shall consider the question in dispute, taking into account all

New revised text of the International Plant Protection Convention

documents and other forms of evidence submitted by the contracting parties concerned. The Committee shall prepare a report on the technical aspects of the dispute for the purpose of seeking its resolution. The preparation of the report and its approval shall be according to rules and procedures established by the Commission, and it shall be transmitted by the Director-General to the contracting parties concerned. The report may also be submitted, upon its request, to the competent body of the international organization responsible for resolving trade disputes.

4. The contracting parties agree that the recommendations of such a committee, while not binding in character, will become the basis for renewed consideration by the contracting parties concerned of the matter out of which the disagreement arose.

5. The contracting parties concerned shall share the expenses of the experts.

6. The provisions of this Article shall be complementary to and not in derogation of the dispute settlement procedures provided for in other international agreements dealing with trade matters.

ARTICLE XIV

Substitution of prior agreements

This Convention shall terminate and replace, between contracting parties, the International Convention respecting measures to be taken against the *Phylloxera vastatrix* of 3 November 1881, the additional Convention signed at Berne on 15 April 1889 and the International Convention for the Protection of Plants signed at Rome on 16 April 1929.

ARTICLE XV

Territorial application

1. Any contracting party may at the time of ratification or adherence or at any time thereafter communicate to the Director-General of FAO a declaration that this Convention shall extend to all or any of the territories for the international relations of which it is responsible, and this Convention shall be applicable to all territories specified in the declaration as from the thirtieth day after the receipt of the declaration by the Director-General.

2. Any contracting party which has communicated to the Director-General of FAO a declaration in accordance with paragraph 1 of this Article may at any time communicate a further declaration modifying the scope of any former declaration or terminating the application of the provisions of the present Convention in respect of any territory. Such modification or termination shall take effect as from the thirtieth day after the receipt of the declaration by the Director-General.

3. The Director-General of FAO shall inform all contracting parties of any declaration received under this Article.

New revised text of the International Plant Protection Convention

ARTICLE XVI**Supplementary agreements**

1. The contracting parties may, for the purpose of meeting special problems of plant protection which need particular attention or action, enter into supplementary agreements. Such agreements may be applicable to specific regions, to specific pests, to specific plants and plant products, to specific methods of international transportation of plants and plant products, or otherwise supplement the provisions of this Convention.
2. Any such supplementary agreements shall come into force for each contracting party concerned after acceptance in accordance with the provisions of the supplementary agreements concerned.
3. Supplementary agreements shall promote the intent of this Convention and shall conform to the principles and provisions of this Convention, as well as to the principles of transparency, non-discrimination and the avoidance of disguised restrictions, particularly on international trade.

ARTICLE XVII**Ratification and adherence**

1. This Convention shall be open for signature by all states until 1 May 1952 and shall be ratified at the earliest possible date. The instruments of ratification shall be deposited with the Director-General of FAO, who shall give notice of the date of deposit to each of the signatory states.
2. As soon as this Convention has come into force in accordance with Article XXII it shall be open for adherence by non-signatory states and member organizations of FAO. Adherence shall be effected by the deposit of an instrument of adherence with the Director-General of FAO, who shall notify all contracting parties.
3. When a member organization of FAO becomes a contracting party to this Convention, the member organization shall, in accordance with the provisions of Article II paragraph 7 of the FAO Constitution, as appropriate, notify at the time of its adherence such modifications or clarifications to its declaration of competence submitted under Article II paragraph 5 of the FAO Constitution as may be necessary in light of its acceptance of this Convention. Any contracting party to this Convention may, at any time, request a member organization of FAO that is a contracting party to this Convention to provide information as to which, as between the member organization and its member states, is responsible for the implementation of any particular matter covered by this Convention. The member organization shall provide this information within a reasonable time.

ARTICLE XVIII**Non-contracting parties**

The contracting parties shall encourage any state or member organization of FAO, not a party to this Convention, to accept this Convention, and shall encourage any non-contracting party to apply phytosanitary measures consistent with the provisions of this Convention and any

New revised text of the International Plant Protection Convention

international standards adopted hereunder.

ARTICLE XIX

Languages

1. The authentic languages of this Convention shall be all official languages of FAO.
2. Nothing in this Convention shall be construed as requiring contracting parties to provide and to publish documents or to provide copies of them other than in the language(s) of the contracting party, except as stated in paragraph 3 below.
3. The following documents shall be in at least one of the official languages of FAO:
 - a) information provided according to Article IV paragraph 4;
 - b) cover notes giving bibliographical data on documents transmitted according to Article VII paragraph 2(b);
 - c) information provided according to Article VII paragraph 2(b), (d), (i) and (j);
 - d) notes giving bibliographical data and a short summary of relevant documents on information provided according to Article VIII paragraph 1(a);
 - e) requests for information from contact points as well as replies to such requests, but not including any attached documents;
 - f) any document made available by contracting parties for meetings of the Commission.

ARTICLE XX

Technical assistance

The contracting parties agree to promote the provision of technical assistance to contracting parties, especially those that are developing contracting parties, either bilaterally or through the appropriate international organizations, with the objective of facilitating the implementation of this Convention.

ARTICLE XXI

Amendment

1. Any proposal by a contracting party for the amendment of this Convention shall be communicated to the Director-General of FAO.
2. Any proposed amendment of this Convention received by the Director-General of FAO from a contracting party shall be presented to a regular or special session of the Commission for approval and, if the amendment involves important technical changes or imposes additional obligations on the contracting parties, it shall be considered by an advisory committee of specialists convened by FAO prior to the Commission.

New revised text of the International Plant Protection Convention

3. Notice of any proposed amendment of this Convention, other than amendments to the Annex, shall be transmitted to the contracting parties by the Director-General of FAO not later than the time when the agenda of the session of the Commission at which the matter is to be considered is dispatched.
4. Any such proposed amendment of this Convention shall require the approval of the Commission and shall come into force as from the thirtieth day after acceptance by two-thirds of the contracting parties. For the purpose of this Article, an instrument deposited by a member organization of FAO shall not be counted as additional to those deposited by member states of such an organization.
5. Amendments involving new obligations for contracting parties, however, shall come into force in respect of each contracting party only on acceptance by it and as from the thirtieth day after such acceptance. The instruments of acceptance of amendments involving new obligations shall be deposited with the Director-General of FAO, who shall inform all contracting parties of the receipt of acceptance and the entry into force of amendments.
6. Proposals for amendments to the model phytosanitary certificates set out in the Annex to this Convention shall be sent to the Secretary and shall be considered for approval by the Commission. Approved amendments to the model phytosanitary certificates set out in the Annex to this Convention shall become effective ninety days after their notification to the contracting parties by the Secretary.
7. For a period of not more than twelve months from an amendment to the model phytosanitary certificates set out in the Annex to this Convention becoming effective, the previous version of the phytosanitary certificates shall also be legally valid for the purpose of this Convention.

ARTICLE XXII

Entry into force

As soon as this Convention has been ratified by three signatory states it shall come into force among them. It shall come into force for each state or member organization of FAO ratifying or adhering thereafter from the date of deposit of its instrument of ratification or adherence.

ARTICLE XXIII

Denunciation

1. Any contracting party may at any time give notice of denunciation of this Convention by notification addressed to the Director-General of FAO. The Director-General shall at once inform all contracting parties.
2. Denunciation shall take effect one year from the date of receipt of the notification by the Director-General of FAO.

New revised text of the International Plant Protection Convention

ANNEX

Model Phytosanitary Certificate

No. _____

Plant Protection Organization of _____
 TO: Plant Protection Organization(s) of _____

I. Description of Consignment

Name and address of exporter: _____
 Declared name and address of consignee: _____
 Number and description of packages: _____
 Distinguishing marks: _____
 Place of origin: _____
 Declared means of conveyance: _____
 Declared point of entry: _____
 Name of produce and quantity declared: _____
 Botanical name of plants: _____

This is to certify that the plants, plant products or other regulated articles described herein have been inspected and/or tested according to appropriate official procedures and are considered to be free from the quarantine pests specified by the importing contracting party and to conform with the current phytosanitary requirements of the importing contracting party, including those for regulated non-quarantine pests.

They are deemed to be practically free from other pests.*

II. Additional Declaration**III. Disinfestation and/or Disinfection Treatment**

Date _____ Treatment _____ Chemical (active ingredient) _____
 Duration and temperature _____
 Concentration _____
 Additional information _____

(Stamp of Organization) Place of issue _____
 Name of authorized officer _____
 Date _____ (Signature)

No financial liability with respect to this certificate shall attach to _____ (name of Plant Protection Organization) or to any of its officers or representatives.*

* Optional clause

*New revised text of the International Plant Protection Convention***Model Phytosanitary Certificate for Re-Export**

No. _____

Plant Protection Organization

of _____ (contracting party of re-export)

TO: Plant Protection Organization(s)

of _____ (contracting party(ies) of import)

I. Description of Consignment

Name and address of exporter: _____

Declared name and address of consignee: _____

Number and description of packages: _____

Distinguishing marks: _____

Place of origin: _____

Declared means of conveyance: _____

Declared point of entry: _____

Name of produce and quantity declared: _____

Botanical name of plants: _____

This is to certify that the plants, plant products or other regulated articles described above _____ were imported into (contracting party of re-export) _____ from _____ (contracting party of origin) covered by Phytosanitary Certificate No. _____, *original ☐ certified true copy ☐ of which is attached to this certificate; that they are packed ☐ repacked ☐ in original ☐ *new ☐ containers, that based on the original phytosanitary certificate ☐ and additional inspection ☐, they are considered to conform with the current phytosanitary requirements of the importing contracting party, and that during storage in _____ (contracting party of re-export), the consignment has not been subjected to the risk of infestation or infection.

* Insert tick in appropriate ☐ boxes**II. Additional Declaration****III. Disinfestation and/or Disinfection Treatment**

Date _____ Treatment _____ Chemical (active ingredient) _____

Duration and temperature _____

Concentration _____

Additional information _____

(Stamp of Organization) Place of issue _____

Name of authorized officer _____

Date _____

(Signature)

No financial liability with respect to this certificate shall attach to _____ (name of Plant Protection Organization) or to any of its officers or representatives.**

** Optional clause

CONVENTION INTERNATIONALE POUR LA PROTECTION DES VEGETAUX

(Nouveau texte révisé tel qu'approuvé par la Conférence de la FAO
au cours de sa 29ème session - novembre 1997)

PREAMBULE

Les parties contractantes,

- *reconnaissant* la nécessité d'une coopération internationale en matière de lutte contre les organismes nuisibles aux végétaux et aux produits végétaux, et afin de prévenir leur dissémination internationale et spécialement leur introduction dans des zones menacées;
- *reconnaissant* que les mesures phytosanitaires devraient être techniquement justifiées et transparentes et ne devraient pas être appliquées d'une manière telle qu'elles constituent soit un moyen de discrimination arbitraire ou injustifié, soit une restriction déguisée, notamment au commerce international;
- *désireuses* d'assurer une étroite coordination des mesures visant à ces fins;
- *souhaitant* définir un cadre pour la mise au point de l'application de mesures phytosanitaires harmonisées et l'élaboration de normes internationales à cet effet;
- *tenant compte* des principes approuvés sur le plan international régissant la protection de la santé des végétaux, de l'homme et des animaux ainsi que de l'environnement;
- *notant* les accords conclus à l'issue des Négociations commerciales multilatérales du Cycle d'Uruguay et, notamment, l'Accord sur l'application des mesures sanitaires et phytosanitaires;

sont convenues de ce qui suit:

ARTICLE I

Objet et obligations

1. En vue d'assurer une action commune et efficace afin de prévenir la dissémination et l'introduction d'organismes nuisibles aux végétaux et produits végétaux, et en vue de promouvoir l'adoption de mesures appropriées de lutte contre ces derniers, les parties contractantes s'engagent à prendre les mesures législatives, techniques et réglementaires spécifiées dans la présente Convention et dans les accords complémentaires conformément à l'article XVI.
2. Chaque partie contractante s'engage, sans préjudice des obligations contractées en vertu d'autres accords internationaux, à veiller, sur son territoire, à l'application des mesures prescrites par la présente Convention.

Nouveau texte révisé de la Convention internationale pour la protection végétaux

3. La répartition des responsabilités entre les organisations membres de la FAO et leurs Etats membres qui sont parties contractantes à la présente Convention pour l'application des mesures prescrites par celles-ci, se fera conformément à leurs compétences respectives.

4. Selon les nécessités, les dispositions de la présente Convention peuvent, si les parties contractantes le jugent utiles, s'appliquer, outre aux végétaux et produits végétaux, également aux lieux de stockage, emballages, moyens de transport, conteneurs, terre et autres organismes, objets ou matériels de toute nature susceptibles de porter ou de disséminer des organismes nuisibles, en particulier à ceux qui interviennent dans le transport international.

ARTICLE II

Terminologie

1. Dans la présente Convention, les termes ci-après sont définis comme suit:

“Analyse du risque phytosanitaire” - processus consistant à évaluer les preuves biologiques ou autres données scientifiques ou économiques pour déterminer si un organisme nuisible doit être réglementé, et la sévérité des mesures phytosanitaires éventuelles à prendre à son égard;

“Article réglementé” - tout végétal, produit végétal, lieu de stockage, emballage, moyen de transport, conteneur, terre et tout autre organisme, objet ou matériel susceptible de porter ou de disséminer des organismes nuisibles justifiant des mesures phytosanitaires, particulièrement pour tout ce qui concerne les transports internationaux;

“Commission” - la Commission des mesures phytosanitaires créée en vertu de l'article XI;

“Etablissement” - perpétuation, dans un avenir prévisible, d'un organisme nuisible dans une zone après son entrée;

“Introduction” - entrée d'un organisme nuisible, suivie de son établissement;

“Mesure phytosanitaire” - toute législation, réglementation ou méthode officielle ayant pour objectif de prévenir l'introduction et/ou la dissémination des organismes nuisibles;

“Mesures phytosanitaires harmonisées” - mesures phytosanitaires mises en place par des parties contractantes sur la base de normes internationales;

“Normes internationales” - normes internationales établies conformément à l'article X paragraphes 1 et 2;

“Normes régionales” - normes établies par une organisation régionale de la protection des végétaux à l'intention de ses membres;

“Organisme de quarantaine” - organisme nuisible qui a une importance potentielle pour l'économie de la zone menacée et qui n'est pas encore présent dans cette zone ou bien qui y est présent mais n'y est pas largement disséminé et fait l'objet d'une lutte officielle;

“Organisme nuisible” - toute espèce, souche ou biotype de végétal, d'animal ou d'agent pathogène nuisible pour les végétaux ou produits végétaux;

“Organisme nuisible réglementé” - organisme de quarantaine ou organisme réglementé non de quarantaine;

“Organisme réglementé non de quarantaine” - organisme nuisible qui n'est pas un organisme de quarantaine, dont la présence dans les végétaux destinés à la plantation affecte l'usage

Nouveau texte révisé de la Convention internationale pour la protection végétaux

prévu de ces végétaux, avec une incidence économique inacceptable et qui est donc réglementé sur le territoire de la partie contractante importatrice;

“Produits végétaux” - produits non manufacturés d'origine végétale (y compris les grains) ainsi que les produits manufacturés qui, étant donné leur nature ou celle de leur transformation, peuvent constituer un risque d'introduction ou de dissémination des organismes nuisibles;

“Secrétaire” - le Secrétaire de la Commission nommé conformément à l'article XII;

“Techniquement justifié” - justifié sur la base des conclusions d'une analyse appropriée du risque phytosanitaire ou, le cas échéant, d'autres examens ou évaluations comparables des données scientifiques disponibles;

“Végétaux” - plantes vivantes et parties de plantes vivantes, y compris les semences et le matériel génétique;

“Zone à faible prévalence d'organismes nuisibles” - zone, qu'il s'agisse de la totalité d'un pays, d'une partie d'un pays ou de la totalité ou de parties de plusieurs pays, identifiée par les autorités compétentes, dans laquelle un organisme nuisible spécifique est présent à un niveau faible et qui fait l'objet de mesures efficaces de surveillance, de lutte ou d'éradication;

“Zone menacée” - zone où les facteurs écologiques sont favorables à l'établissement d'un organisme nuisible dont la présence entraînerait des pertes économiquement importantes.

2. Les définitions données dans cet article étant limitées à l'application de la présente Convention, elles sont réputées ne pas affecter les définitions données dans les lois ou règlements des parties contractantes.

ARTICLE III

Relations avec d'autres accords internationaux

La présente Convention s'appliquera sans préjudice des droits et obligations des parties contractantes découlant d'accords internationaux pertinents.

ARTICLE IV

Dispositions générales relatives aux modalités d'organisation de la protection nationale des végétaux

1. Chaque partie contractante s'engage à prendre les dispositions nécessaires pour mettre en place, dans la mesure de ses possibilités, une organisation nationale officielle de la protection des végétaux dont les principales responsabilités sont définies dans le présent article.

2. L'organisation nationale officielle de la protection des végétaux aura notamment les responsabilités suivantes:

- (a) la délivrance de certificats relatifs à la réglementation phytosanitaire de la partie contractante importatrice pour les envois de végétaux, produits végétaux et autres articles réglementés;

Nouveau texte révisé de la Convention internationale pour la protection végétaux

- (b) la surveillance des végétaux sur pied, y compris les terres cultivées (notamment les champs, les plantations, les pépinières, les jardins, les serres et les laboratoires) et la flore sauvage, et des végétaux et produits végétaux entreposés ou en cours de transport, en vue particulièrement de signaler la présence, l'apparition et la dissémination des organismes nuisibles, et de lutter contre ces organismes nuisibles, y compris l'établissement de rapports mentionnés à l'article VIII paragraphe 1 (a);
 - (c) l'inspection des envois de végétaux et produits végétaux faisant l'objet d'échanges internationaux et, si besoin est, l'inspection d'autres articles réglementés, en vue notamment d'empêcher l'introduction et/ou la dissémination des organismes nuisibles;
 - (d) la désinfestation ou la désinfection des envois de végétaux, produits végétaux et autres articles réglementés faisant l'objet d'échanges internationaux pour respecter les exigences phytosanitaires;
 - (e) la protection des zones menacées et la désignation, le maintien et la surveillance de zones indemnes et de zones à faible prévalence d'organismes nuisibles;
 - (f) la conduite d'analyses du risque phytosanitaire;
 - (g) garantir, grâce à des procédures appropriées, que la sécurité phytosanitaire des envois après certification est maintenue jusqu'à l'exportation, afin d'éviter toute modification de leur composition, ainsi que toute substitution ou réinfestation;
 - (h) la formation et la valorisation des ressources humaines.
3. Chaque partie contractante s'engage à prendre les dispositions nécessaires pour garantir, dans la mesure de ses moyens:
- (a) la distribution, sur le territoire de la partie contractante, de renseignements sur les organismes nuisibles réglementés et les moyens de prévention et de lutte;
 - (b) la recherche et l'enquête dans le domaine de la protection des végétaux;
 - (c) la promulgation de la réglementation phytosanitaire;
 - (d) l'exécution de toute autre fonction pouvant être exigée pour l'application de la présente Convention.
4. Chaque partie contractante présentera au Secrétaire un rapport décrivant son organisation nationale officielle chargée de la protection des végétaux et les modifications qui sont apportées à cette organisation. Les parties contractantes fourniront, sur demande, à toute autre partie contractante, des informations sur les modalités d'organisation de la protection des végétaux.

ARTICLE V

Certification phytosanitaire

1. Chaque partie contractante prendra les dispositions nécessaires concernant la certification phytosanitaire, dans le but de garantir que les envois de végétaux, produits végétaux et autres articles réglementés exportés soient conformes à la déclaration de certification à effectuer en vertu du paragraphe 2 (b) du présent article.

Nouveau texte révisé de la Convention internationale pour la protection végétaux

2. Chaque partie contractante prendra les dispositions nécessaires pour délivrer des certificats phytosanitaires conformes aux dispositions suivantes:

- (a) l'inspection et les autres activités nécessaires à l'établissement des certificats phytosanitaires ne pourront être confiées qu'à l'organisation nationale de la protection des végétaux ou des personnes placées sous son autorité directe. La délivrance des certificats phytosanitaires sera confiée à des fonctionnaires techniquement qualifiés et dûment autorisés par l'organisation nationale de la protection des végétaux pour agir pour son compte et sous son contrôle, disposant des connaissances et des renseignements nécessaires de telle sorte que les autorités des parties contractantes importatrices puissent accepter les certificats phytosanitaires comme des documents dignes de foi;
- (b) les certificats phytosanitaires, ou leur version électronique si celle-ci est acceptée par la partie contractante importatrice, devront être libellés conformément aux modèles reproduits en annexe à la présente Convention. Ces certificats seront établis et délivrés en prenant en considération les normes internationales en vigueur;
- (c) les corrections ou suppressions non certifiées invalideront les certificats.

3. Chaque partie contractante s'engage à ne pas exiger, pour accompagner les envois de végétaux, produits végétaux ou autres articles réglementés importés dans son territoire, de certificats phytosanitaires non conformes aux modèles reproduits en annexe à la présente Convention. Toute déclaration supplémentaire exigée devra être justifiée d'un point de vue technique.

ARTICLE VI

Organismes nuisibles réglementés

1. Les parties contractantes peuvent demander l'application de mesures phytosanitaires pour les organismes de quarantaine et les organismes réglementés non de quarantaine, à condition que de telles mesures:

- (a) ne soient pas plus restrictives que les mesures appliquées aux mêmes organismes nuisibles s'ils sont présents sur le territoire de la partie contractante importatrice; et
- (b) soient limitées aux dispositions nécessaires pour protéger la santé des végétaux et/ou sauvegarder l'usage auquel ils sont destinés et soient justifiées d'un point de vue technique par la partie contractante concernée.

2. Les parties contractantes ne pourront demander l'application des mesures phytosanitaires dans le commerce international pour des organismes nuisibles non réglementés.

ARTICLE VII

Dispositions concernant les importations

1. Les parties contractantes ont le pouvoir souverain de réglementer, conformément aux accords internationaux en vigueur, l'importation de végétaux, produits végétaux et autres articles réglementés, afin d'empêcher l'introduction et/ou la dissémination d'organismes nuisibles réglementés sur leur territoire et, à cette fin, elles peuvent:

- (a) prescrire et adopter des mesures phytosanitaires concernant l'importation des végétaux, des produits végétaux et d'autres articles réglementés, notamment l'inspection, l'interdiction d'importer et le traitement;
- (b) interdire l'entrée ou détenir, ou exiger le traitement, la destruction ou le refoulement hors du pays de la partie contractante, des envois de végétaux, produits végétaux et autres articles réglementés qui ne sont pas conformes aux mesures phytosanitaires prescrites ou adoptées aux termes de l'alinéa (a) ci-dessus;
- (c) interdire ou restreindre l'entrée sur leur territoire des organismes nuisibles réglementés;
- (d) interdire ou restreindre l'entrée sur leur territoire d'agents de lutte biologique et d'autres organismes d'importance phytosanitaire réputés bénéfiques.

2. Afin d'entraver le moins possible le commerce international, chaque partie contractante, dans l'exercice de son pouvoir aux termes du paragraphe 1 du présent article, s'engage à agir en se conformant aux dispositions suivantes:

- (a) les parties contractantes ne doivent prendre, en vertu de leur réglementation phytosanitaire, aucune des mesures mentionnées au paragraphe 1 du présent article, à moins que celles-ci répondent à des nécessités d'ordre phytosanitaire et soient techniquement justifiées;
- (b) les parties contractantes doivent, immédiatement après avoir adopté, publié et communiqué les exigences, restrictions et interdictions phytosanitaires à toute partie contractante ou aux parties qu'elles jugent pouvoir être directement affectées par de telles mesures;
- (c) les parties contractantes devront, sur demande, faire connaître à toute partie contractante les raisons de ces exigences, restrictions et interdictions phytosanitaires;
- (d) toute partie contractante qui limite les points d'entrée pour l'importation de certains végétaux ou produits végétaux doit choisir lesdits points de manière à ne pas entraver sans nécessité le commerce international. La partie contractante doit publier une liste desdits points et la communiquer au Secrétaire, à toute organisation régionale de la protection des végétaux à laquelle la partie contractante pourrait appartenir, à toute partie contractante que la partie contractante juge pouvoir être directement affectée et aux autres parties contractantes qui en font la demande. Toute restriction de cet ordre ne sera autorisée que si les végétaux, produits végétaux ou autres articles réglementés en cause sont accompagnés de certificats phytosanitaires ou soumis à une inspection ou à un traitement;
- (e) toute inspection, ou autre procédure phytosanitaire requise par l'organisation de la protection des végétaux d'une partie contractante pour un envoi de végétaux, produits

Nouveau texte révisé de la Convention internationale pour la protection végétaux

- végétaux ou autres articles réglementés, destiné à l'importation doit s'effectuer dans le plus bref délai possible, en tenant dûment compte de leur nature périssable;
- (f) les parties contractantes importatrices devront signaler dès que possible à la partie contractante exportatrice concernée ou, le cas échéant, à la partie contractante réexportatrice concernée les cas importants de non-conformité à la certification phytosanitaire. La partie contractante exportatrice ou, le cas échéant, la partie contractante réexportatrice concernée, procédera à des recherches et communiquera, sur demande, les résultats de celles-ci à la partie contractante importatrice concernée;
 - (g) les parties contractantes doivent instituer uniquement les mesures phytosanitaires qui sont techniquement justifiées et adaptées aux risques encourus, qui représentent les mesures les moins restrictives possibles et qui entravent au minimum les mouvements internationaux de personnes, de marchandises et de moyens de transport;
 - (h) à mesure que la situation évolue et que des faits nouveaux interviennent, les parties contractantes doivent s'assurer dans les plus brefs délais que les mesures phytosanitaires sont modifiées ou supprimées si elles s'avèrent inutiles;
 - (i) les parties contractantes doivent, du mieux qu'elles le peuvent, dresser et tenir à jour les listes d'organismes nuisibles réglementés, désignés par leur nom scientifique, et adresser périodiquement de telles listes au Secrétaire, aux organisations régionales de la protection des végétaux quand elles sont membres et, sur demande, à d'autres parties contractantes;
 - (j) les parties contractantes surveilleront, du mieux qu'elles le peuvent, les organismes nuisibles et tiendront à jour des informations adéquates sur leur situation afin de faciliter leur catégorisation et la prise de mesures phytosanitaires appropriées. Les informations seront portées, sur demande, à la connaissance des parties contractantes.
3. Les parties contractantes peuvent appliquer les mesures prévues dans le présent article à des organismes nuisibles qui ne seront probablement pas capables de s'établir sur leurs territoires mais qui, s'ils étaient introduits, pourraient provoquer des dégâts d'importance économique. Les mesures prises pour lutter contre les organismes nuisibles doivent être techniquement justifiées.
4. Les parties contractantes peuvent appliquer les dispositions du présent article aux envois en transit sur leurs territoires uniquement lorsque de telles mesures sont justifiées d'un point de vue technique et nécessaires pour empêcher l'introduction et/ou la dissémination des organismes nuisibles.
5. Aucune disposition du présent article n'empêche les parties contractantes importatrices de prendre des mesures particulières, sous réserve des garanties appropriées, concernant l'importation aux fins de la recherche scientifique, à des fins éducatives ou à des usages spécifiques, de végétaux et produits végétaux et autres articles réglementés, ainsi que d'organismes nuisibles.
6. Aucune disposition du présent article n'empêche les parties contractantes de prendre des mesures d'urgence appropriées suite à la détection d'un organisme nuisible représentant des menaces potentielles pour leur territoire, ou suite à un rapport concernant une telle détection. Toute mesure de cet ordre doit être évaluée dès que possible afin de s'assurer que sa poursuite

'Nouveau texte révisé de la Convention internationale pour la protection végétaux

est justifiée. Les mesures ainsi prises doivent être immédiatement signalées aux parties contractantes concernées, au Secrétaire, et à toute organisation régionale de la protection des végétaux dont la partie contractante est membre.

ARTICLE VIII

Collaboration internationale

1. Les parties contractantes collaboreront dans toute la mesure possible à la réalisation des objectifs de la présente Convention, et en particulier:
 - (a) coopéreront à l'échange d'informations sur les organismes nuisibles, en particulier la notification de la présence, de l'apparition ou de la dissémination d'organismes nuisibles pouvant présenter un danger immédiat ou potentiel, conformément aux procédures qui pourront être établies par la Commission;
 - (b) participeront, dans toute la mesure possible, à toute campagne spéciale de lutte contre des organismes nuisibles pouvant menacer sérieusement les récoltes et exigeant une action internationale pour parer aux situations d'urgence;
 - (c) coopéreront, dans toute la mesure possible, à la fourniture des données techniques et biologiques nécessaires à l'analyse du risque phytosanitaire.
2. Chaque partie contractante doit désigner un point de contact pour les échanges d'informations concernant l'application de la présente Convention.

ARTICLE IX

Organisations régionales de la protection des végétaux

1. Les parties contractantes s'engagent à collaborer pour établir, dans les régions appropriées, des organisations régionales de la protection des végétaux.
2. Ces organisations doivent exercer un rôle coordonnateur dans les régions de leur compétence, prendre part à différentes activités pour atteindre les objectifs de la présente Convention et, le cas échéant, rassembler et diffuser des informations.
3. Les organisations régionales de la protection des végétaux coopéreront avec le Secrétaire en vue de réaliser les objectifs de la présente Convention et, le cas échéant, coopéreront avec le Secrétaire et la Commission pour l'élaboration de normes internationales.
4. Le Secrétaire convoquera des consultations techniques régulières des représentants des organisations régionales de la protection des végétaux pour:
 - (a) promouvoir l'établissement et l'utilisation de normes internationales appropriées concernant les mesures phytosanitaires;
 - (b) encourager une coopération interrégionale pour la promotion de mesures phytosanitaires harmonisées pour la lutte contre les organismes nuisibles et pour prévenir leur dissémination et/ou leur introduction.

Nouveau texte révisé de la Convention internationale pour la protection végétaux

ARTICLE X**Normes**

1. Les parties contractantes s'engagent à coopérer à l'élaboration de normes internationales, conformément aux procédures adoptées par la Commission.
2. Ces normes internationales seront adoptées par la Commission.
3. Les normes régionales devraient être conformes aux principes de la présente Convention; ces normes peuvent être déposées auprès de la Commission pour examen afin d'envisager de les transformer en normes internationales pour les mesures phytosanitaires si elles sont plus largement applicables.
4. Les parties contractantes devraient tenir compte, le cas échéant, des normes internationales lorsqu'elles entreprennent des activités liées à la présente Convention.

ARTICLE XI**Commission des mesures phytosanitaires**

1. Les parties contractantes s'engagent à créer la Commission des mesures phytosanitaires dans le cadre de l'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture (FAO).
2. La Commission aura pour fonctions de promouvoir la pleine réalisation des objectifs de la présente Convention et, en particulier:
 - (a) de suivre la situation en ce qui concerne la protection des végétaux dans le monde et la nécessité d'agir pour empêcher la dissémination internationale des organismes nuisibles et leur introduction dans les zones menacées;
 - (b) de mettre en place et de revoir périodiquement les dispositions et les procédures institutionnelles nécessaires pour l'élaboration et l'adoption des normes internationales, ainsi que d'adopter ces normes internationales;
 - (c) de fixer des règles et procédures pour le règlement des différends, conformément à l'article XIII;
 - (d) de créer les organismes subsidiaires qu'elle jugera nécessaires pour s'acquitter correctement de ses fonctions;
 - (e) d'adopter des directives concernant la reconnaissance des organisations régionales de la protection des végétaux;
 - (f) d'établir une coopération avec les autres organisations internationales compétentes dans les domaines visés par la présente Convention;
 - (g) d'adopter toute recommandation qu'elle jugera utile à l'application de la présente Convention;
 - (h) de s'acquitter de toute autre fonction nécessaire à la réalisation des objectifs de la présente Convention.

Nouveau texte révisé de la Convention internationale pour la protection végétaux

3. La Commission sera ouverte à toutes les parties contractante.
4. Chaque partie contractante peut être représentée aux sessions de la Commission par un délégué, qui peut être accompagné d'un suppléant, ainsi que d'experts et de conseillers. Les suppléants, les experts et les conseillers peuvent participer aux délibérations de la Commission mais ne sont pas autorisés à voter, sauf dans le cas où un suppléant est dûment autorisé à remplacer un délégué.
5. Les parties contractantes feront leur possible pour parvenir à un accord sur toutes les questions par consensus. Si toutes les tentatives pour parvenir à un accord par consensus échouent, la décision sera prise, en dernier ressort, par la majorité des deux tiers des parties contractantes présentes et votantes.
6. Une organisation membre de la FAO qui est partie contractante et les Etats membres de cette organisation qui sont parties contractantes exercent les droits et s'acquittent des obligations liés à leur qualité de membre, conformément, *mutatis mutandis*, à l'Acte constitutif et au Règlement général de la FAO.
7. La Commission peut adopter et modifier, au besoin, son propre Règlement intérieur, qui ne doit pas être incompatible avec les dispositions de la présente Convention ni de l'Acte constitutif de la FAO.
8. Le Président de la Commission convoque tous les ans une session ordinaire de la Commission.
9. Des sessions extraordinaires de la Commission seront convoquées par le Président de la Commission à la demande d'au moins un tiers de ses membres.
10. La Commission élit son Président et au maximum deux Vice-Présidents, qui restent chacun en fonction pour un mandat de deux ans.

ARTICLE XII**Secrétariat**

1. Le Secrétaire de la Commission est nommé par le Directeur général de la FAO.
2. Le Secrétaire est secondé, selon les besoins, par du personnel de secrétariat.
3. Le Secrétaire est responsable de la mise en oeuvre des politiques et activités de la Commission et de toute autre fonction qui lui est attribuée aux termes des dispositions de la présente Convention, et il fait rapport à ce sujet à la Commission.
4. Le Secrétaire se charge de la diffusion:
 - (a) des normes internationales auprès de toutes les parties contractantes, dans un délai maximum de soixante jours à compter de leur adoption;
 - (b) des listes reçues des parties contractantes sur les points d'entrée, comme prévu à l'article VII paragraphe 2 (d), auprès de toutes les parties contractantes;

Nouveau texte révisé de la Convention internationale pour la protection végétaux

- (c) des listes d'organismes nuisibles réglementés, dont l'introduction est interdite ou auxquels il est fait référence à l'article VII paragraphe 2 (i) auprès de toutes les parties contractantes et organisations régionales de la protection des végétaux;
 - (d) des informations reçues des parties contractantes sur les exigences, restrictions et interdictions phytosanitaires visées à l'article VII paragraphe 2 (b) et les descriptions des organisations nationales officielles de la protection des végétaux visées à l'article IV paragraphe 4.
5. Le Secrétaire assurera la traduction dans les langues officielles de la FAO de la documentation pour les réunions de la Commission et des normes internationales.
6. Le Secrétaire coopérera avec les organisations régionales de la protection des végétaux à la réalisation des objectifs de la présente Convention.

ARTICLE XIII

Règlement des différends

1. En cas de contestation sur l'interprétation ou l'application de la présente Convention, ou bien lorsqu'une partie contractante considère qu'une action entreprise par une autre partie contractante est incompatible avec les obligations qu'imposent à cette dernière les articles V et VII de la présente Convention, particulièrement en ce qui concerne les motifs d'une interdiction ou d'une restriction à l'importation de végétaux, produits végétaux ou autres articles réglementés provenant de son territoire, les parties contractantes intéressées se consultent dans les plus brefs délais en vue de régler le différend.
2. Si le différend ne peut être réglé comme indiqué au paragraphe 1 du présent article, la ou les partie(s) contractante(s) intéressée(s) peu(ven)t demander au Directeur général de la FAO de désigner un comité d'experts chargé d'examiner le différend conformément aux règles et procédures qui pourraient être adoptées par la Commission.
3. Le Comité visé au paragraphe 2 du présent article comprendra des représentants désignés par chaque partie contractante concernée. Le Comité examinera le différend en tenant compte de tous les documents et éléments probatoires présentés par les parties contractantes intéressées. Le Comité établira un rapport sur les aspects techniques du différend afin de chercher une solution. Ledit rapport sera rédigé et approuvé conformément aux règles et procédures établies par la Commission et sera transmis par le Directeur général aux parties contractantes intéressées. Le rapport pourra également être transmis, sur demande, à l'organe compétent de l'organisation internationale chargée de régler les différends commerciaux.
4. Tout en ne reconnaissant pas aux recommandations du Comité visé au paragraphe 2 du présent article un caractère obligatoire, les parties contractantes conviennent de les prendre comme bases de tout nouvel examen, par les parties contractantes intéressées, de la question qui est à l'origine du différend.
5. Les parties contractantes intéressées partageront les frais de la mission confiée aux experts.

Nouveau texte révisé de la Convention internationale pour la protection végétaux

6. Les dispositions du présent article constituent un complément et non une dérogation aux procédures de règlement des différends prévues par d'autres accords internationaux traitant de questions commerciales.

ARTICLE XIV

Substitution aux accords antérieurs

La présente Convention met fin et se substitue, dans les relations entre les parties contractantes, à la Convention internationale phylloxérique du 3 novembre 1881, à la Convention additionnelle de Berne du 15 avril 1889 et à la Convention internationale de Rome du 16 avril 1929 sur la protection des végétaux.

ARTICLE XV

Application territoriale

1. Toute partie contractante peut, à la date de la ratification ou de l'adhésion, ou à tout moment après cette date, communiquer au Directeur général de la FAO une déclaration indiquant que la présente Convention est applicable à tout ou partie des territoires dont elle assure la représentation sur le plan international. Cette décision prendra effet trente jours après réception par le Directeur général de la déclaration portant désignation desdits territoires.
2. Toute partie contractante qui a transmis au Directeur général de la FAO une déclaration, conformément au paragraphe 1 du présent article, peut à tout moment communiquer une nouvelle déclaration modifiant la portée d'une déclaration précédente, ou mettant fin à l'application des dispositions de la présente Convention dans n'importe quel territoire. Cette déclaration prendra effet trente jours après la date de sa réception par le Directeur général.
3. Le Directeur général de la FAO informera toutes les parties contractantes des déclarations qu'il aura reçues en application du présent article.

Nouveau texte révisé de la Convention internationale pour la protection végétaux

ARTICLE XVI**Accords complémentaires**

1. Les parties contractantes peuvent, afin de résoudre des problèmes spécifiques de protection des végétaux nécessitant une attention ou une action particulière, conclure des accords complémentaires. De tels accords peuvent être applicables à des régions, à des organismes nuisibles, à des végétaux et produits végétaux spécifiques, ainsi qu'à des modes spécifiques de transport international des végétaux et produits végétaux, ou peuvent compléter de toute autre manière les dispositions de la présente Convention.
2. Tout accord complémentaire de cette nature entrera en vigueur, pour chaque partie contractante concernée, après avoir été accepté conformément aux dispositions des accords complémentaires concernés.
3. Les accords complémentaires favoriseront les objectifs de la présente Convention et seront conformes aux principes et dispositions de celle-ci, ainsi qu'aux principes de transparence, de non-discrimination et de non-recours à des restrictions déguisées, en particulier au commerce international.

ARTICLE XVII**Ratification et adhésion**

1. La présente Convention est ouverte à la signature de tous les Etats jusqu'au 1^{er} mai 1952 et sera ratifiée le plus tôt possible. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Directeur général de la FAO, qui avisera chaque Etat signataire de la date de ce dépôt.
2. Les Etats qui n'ont pas signé la présente Convention et les organisations membres de la FAO non signataires seront admis à y adhérer dès qu'elle sera entrée en vigueur conformément à l'article XXII. L'adhésion s'effectuera par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Directeur général de la FAO qui en avisera toutes les parties contractantes.
3. Quand une organisation membre de la FAO devient partie contractante à la présente Convention, elle doit, conformément aux dispositions de l'article II paragraphe 7 de l'Acte constitutif de la FAO, selon qu'il convient, notifier au moment de son adhésion les modifications ou éclaircissements à la déclaration de compétence qu'elle a soumise en vertu de l'article II paragraphe 5 de l'Acte constitutif de la FAO, si cela est nécessaire compte tenu de son acceptation de la présente Convention. Toute partie contractante à la présente Convention peut, à tout moment, demander à une organisation membre de la FAO qui est partie contractante à ladite Convention d'indiquer qui, de l'organisation membre ou de ses Etats membres, est responsable de la mise en oeuvre de telle ou telle question visée par cette Convention. L'organisation membre devra fournir cette information dans un délai raisonnable.

Nouveau texte révisé de la Convention internationale pour la protection végétaux

ARTICLE XVIII**Parties non contractantes**

Les parties contractantes encourageront tout Etat ou toute organisation membre de la FAO n'étant pas partie à la présente Convention à accepter cette dernière et elles encourageront toute partie non contractante à appliquer des mesures phytosanitaires compatibles avec les dispositions de la présente Convention et avec toute norme internationale adoptée en vertu de celle-ci.

ARTICLE XIX**Langues**

1. Les langues authentiques de la présente Convention seront toutes les langues officielles de la FAO.
2. Aucune disposition de la présente Convention n'exige des parties contractantes la fourniture, la publication ou la reproduction de documents dans des langues autres que celle(s) de la partie contractante, sous réserve des exceptions indiquées au paragraphe 3 du présent article.
3. Les documents suivants seront rédigés dans au moins une des langues officielles de la FAO:
 - (a) renseignements communiqués conformément à l'article IV paragraphe 4;
 - (b) notes d'accompagnement indiquant les données bibliographiques relatives aux documents transmis conformément à l'article VII paragraphe 2 (b);
 - (c) renseignements communiqués conformément à l'article VII paragraphe 2 (b), (d), (i) et (j);
 - (d) notes indiquant des données bibliographiques et un bref résumé des documents concernant les renseignements communiqués conformément à l'article VIII paragraphe 1 (a);
 - (e) demandes d'information adressées aux points de contact et réponses à ces demandes à l'exception des éventuels documents joints;
 - (f) documents fournis par les parties contractantes pour les réunions de la Commission.

ARTICLE XX**Assistance technique**

Les parties contractantes s'engagent à promouvoir l'octroi d'une assistance technique aux parties contractantes, notamment aux parties contractantes en développement, par le biais de l'aide bilatérale ou des organisations internationales appropriées, en vue de faciliter l'application de la présente Convention.

ARTICLE XXI

Nouveau texte révisé de la Convention internationale pour la protection végétaux

Amendement

1. Toute proposition d'amendement à la présente Convention introduite par une partie contractante doit être communiquée au Directeur général de la FAO.
2. Toute proposition d'amendement à la présente Convention introduite par une partie contractante et reçue par le Directeur général de la FAO doit être soumise pour approbation à la Commission, réunie en session ordinaire ou extraordinaire. Si l'amendement implique d'importantes modifications d'ordre technique ou impose de nouvelles obligations aux parties contractantes, il sera étudié par un comité consultatif d'experts convoqué par la FAO avant la Commission.
3. Toute proposition d'amendement à la présente Convention, à l'exception des amendements à l'annexe, sera notifiée aux parties contractantes par le Directeur général de la FAO, au plus tard à la date de l'envoi de l'ordre du jour de la session de la Commission où doit être examinée cette proposition.
4. Toute proposition d'amendement à la présente Convention doit être adoptée par la Commission et prend effet à compter du trentième jour qui suit son acceptation par les deux tiers des parties contractantes. Aux fins du présent article, tout instrument déposé par une organisation membre de la FAO ne sera pas considéré comme venant s'ajouter aux instruments déposés par les Etats membres de cette organisation.
5. Les amendements qui impliquent de nouvelles obligations à la charge des parties contractantes ne prennent effet toutefois, vis-à-vis de chaque partie contractante, qu'après avoir été acceptés par elle et à compter du trentième jour qui suit cette acceptation. Les instruments d'acceptation des amendements qui impliquent de nouvelles obligations doivent être déposés auprès du Directeur général de la FAO, qui informera toutes les parties contractantes de la réception desdits instruments et de l'entrée en vigueur desdits amendements.
6. Les propositions d'amendement aux modèles de certificat phytosanitaire, joints en annexe à la présente Convention, seront envoyées au Secrétaire et examinées et approuvées par la Commission. Les amendements approuvés aux modèles de certificat phytosanitaire figurant à l'annexe prendront effet dans un délai de quatre-vingt-dix jours à compter de leur notification aux parties contractantes par le Secrétaire.
7. Pendant une période n'excédant pas douze mois à partir du moment où un amendement aux modèles de certificat phytosanitaire figurant à l'annexe entre en vigueur, les versions antérieures du certificat resteront, elles aussi, juridiquement valables aux fins de la présente Convention.

Nouveau texte révisé de la Convention internationale pour la protection végétaux

ARTICLE XXII**Entrée en vigueur**

La présente Convention entrera en vigueur entre les parties lorsque trois Etats signataires l'auront ratifiée. Elle entrera en vigueur pour tous les Etats ou organisations qui sont membres de la FAO à la date du dépôt de leur instrument de ratification ou d'adhésion.

ARTICLE XXIII**Dénonciation**

1. Chacune des parties contractantes peut à tout moment faire savoir qu'elle dénonce la présente Convention par notification adressée au Directeur général de la FAO. Le Directeur général de la FAO en informera immédiatement toutes les parties contractantes.
2. La dénonciation prendra effet un an après la date de réception de la notification par le Directeur général de la FAO.

Nouveau texte révisé de la Convention internationale pour la protection végétaux**ANNEXE****Modèle de certificat phytosanitaire**

N° _____

Organisation de la protection des végétaux de _____

A: Organisation(s) de la protection des végétaux de _____

I. Description de l'envoi

Nom et adresse de l'exportateur: _____

Nom et adresse déclarés du destinataire: _____

Nombre et nature des colis: _____

Marques des colis: _____

Lieu d'origine: _____

Moyen de transport déclaré: _____

Point d'entrée déclaré: _____

Nom du produit et quantité déclarée: _____

Nom botanique des végétaux: _____

Il est certifié que les végétaux, produits végétaux ou autres articles réglementés décrits ci-dessus ont été inspectés et/ou testés suivant des procédures officielles appropriées et estimés exempts d'organismes de quarantaine comme spécifié par la partie contractante importatrice; et qu'ils sont jugés conformes aux exigences phytosanitaires en vigueur de la partie contractante importatrice, y compris à celle concernant les organismes réglementés non de quarantaine.

Ils sont jugés pratiquement exempts d'autres organismes nuisibles.*

II. Déclaration supplémentaire**III. Traitement de désinfestation et/ou de désinfection**

Date _____ Traitement _____ Produit chimique (matière active) _____

Durée et température _____ Concentration _____

Renseignements complémentaires _____

(Cachet de l'organisation) _____

Lieu de délivrance _____

Nom du fonctionnaire autorisé _____

Date _____

(Signature)

Le présent certificat n'entraîne aucune responsabilité financière pour _____ (nom de l'Organisation de la protection des végétaux), ni pour aucun de ses agents ou représentants.*

* Clause facultative

Nouveau texte révisé de la Convention internationale pour la protection végétaux

Modèle de certificat phytosanitaire pour la réexportation

N° _____

Organisation de la protection des végétaux de _____ (partie contractante de réexportation)
 A: Organisation(s) de la protection des végétaux de _____ (partie(s) contractante(s)
 d'importation)

I. Description de l'envoi

Nom et adresse de l'exportateur: _____
 Nom et adresse déclarés du destinataire: _____
 Nombre et nature des colis: _____
 Marques des colis: _____
 Lieu d'origine: _____
 Moyen de transport déclaré: _____
 Point d'entrée déclaré: _____
 Nom du produit et quantité déclarée: _____
 Nom botanique des végétaux: _____

Il est certifié que les végétaux, produits végétaux ou autres articles réglementés décrits ci-dessus ont été importés en _____ (partie contractante de réexportation) en provenance de _____ (partie contractante d'origine) et ont fait l'objet du Certificat phytosanitaire N° _____ dont l'original* ☐ la copie authentifiée ☐ est annexé(e) au présent certificat; qu'ils sont emballés* ☐ remballés ☐ dans les emballages initiaux* ☐ dans de nouveaux emballages ☐; que d'après le Certificat phytosanitaire original* ☐ et une inspection supplémentaire ☐, ils sont jugés conformes aux exigences phytosanitaires en vigueur de la partie contractante importatrice, et qu'au cours de l'emmagasiner en _____ (partie contractante de réexportation) l'envoi n'a pas été exposé au risque d'infestation ou d'infection.

* Mettre une croix dans la case ☐ appropriée

II. Déclaration supplémentaire

III. Traitement de désinfestation et/ou de désinfection

Date _____ Traitement _____ Produit chimique (matière active) _____
 Durée et température _____ Concentration _____
 Renseignements complémentaires _____

(Cachet de l'organisation) Lieu de délivrance _____
 Nom du fonctionnaire autorisé _____
 Date _____ (Signature)

Le présent certificat n'entraîne aucune responsabilité financière pour _____ (nom de l'Organisation de la protection des végétaux), ni pour aucun de ses agents ou représentants**.

** Clause facultative

INTERNATIONAL PLANT PROTECTION CONVENTION

(New Revised Text approved by the FAO Conference
at its 29th Session - November 1997)

PREAMBLE

The contracting parties,

- *recognizing* the necessity for international cooperation in controlling pests of plants and plant products and in preventing their international spread, and especially their introduction into endangered areas;
- *recognizing* that phytosanitary measures should be technically justified, transparent and should not be applied in such a way as to constitute either a means of arbitrary or unjustified discrimination or a disguised restriction, particularly on international trade;
- *desiring* to ensure close coordination of measures directed to these ends;
- *desiring* to provide a framework for the development and application of harmonized phytosanitary measures and the elaboration of international standards to that effect;
- *taking into account* internationally approved principles governing the protection of plant, human and animal health, and the environment; and
- *noting* the agreements concluded as a result of the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations, including the Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures;

have agreed as follows:

ARTICLE I

Purpose and responsibility

1. With the purpose of securing common and effective action to prevent the spread and introduction of pests of plants and plant products, and to promote appropriate measures for their control, the contracting parties undertake to adopt the legislative, technical and administrative measures specified in this Convention and in supplementary agreements pursuant to Article XVI.
2. Each contracting party shall assume responsibility, without prejudice to obligations assumed under other international agreements, for the fulfilment within its territories of all requirements under this Convention.
3. The division of responsibilities for the fulfilment of the requirements of this Convention between member organizations of FAO and their member states that are contracting parties shall be in accordance with their respective competencies.
4. Where appropriate, the provisions of this Convention may be deemed by contracting

New revised text of the International Plant Protection Convention

parties to extend, in addition to plants and plant products, to storage places, packaging, conveyances, containers, soil and any other organism, object or material capable of harbouring or spreading plant pests, particularly where international transportation is involved.

ARTICLE II

Use of terms

1. For the purpose of this Convention, the following terms shall have the meanings hereunder assigned to them:

“Area of low pest prevalence” - an area, whether all of a country, part of a country, or all or parts of several countries, as identified by the competent authorities, in which a specific pest occurs at low levels and which is subject to effective surveillance, control or eradication measures;

“Commission” - the Commission on Phytosanitary Measures established under Article XI;

“Endangered area” - an area where ecological factors favour the establishment of a pest whose presence in the area will result in economically important loss;

“Establishment” - perpetuation, for the foreseeable future, of a pest within an area after entry;

“Harmonized phytosanitary measures” - phytosanitary measures established by contracting parties based on international standards;

“International standards” - international standards established in accordance with Article X, paragraphs 1 and 2;

“Introduction” - the entry of a pest resulting in its establishment;

“Pest” - any species, strain or biotype of plant, animal or pathogenic agent injurious to plants or plant products;

“Pest risk analysis” - the process of evaluating biological or other scientific and economic evidence to determine whether a pest should be regulated and the strength of any phytosanitary measures to be taken against it;

“Phytosanitary measure” - any legislation, regulation or official procedure having the purpose to prevent the introduction and/or spread of pests;

“Plant products” - unmanufactured material of plant origin (including grain) and those manufactured products that, by their nature or that of their processing, may create a risk for the introduction and spread of pests;

“Plants” - living plants and parts thereof, including seeds and germplasm;

“Quarantine pest” - a pest of potential economic importance to the area endangered thereby and not yet present there, or present but not widely distributed and being officially controlled;

“Regional standards” - standards established by a regional plant protection organization for the guidance of the members of that organization;

“Regulated article” - any plant, plant product, storage place, packaging, conveyance, container, soil and any other organism, object or material capable of harbouring or spreading pests, deemed to require phytosanitary measures, particularly where international transportation is involved;

“Regulated non-quarantine pest” - a non-quarantine pest whose presence in plants for planting

New revised text of the International Plant Protection Convention

affects the intended use of those plants with an economically unacceptable impact and which is therefore regulated within the territory of the importing contracting party;

“Regulated pest” - a quarantine pest or a regulated non-quarantine pest;

“Secretary” - Secretary of the Commission appointed pursuant to Article XII;

“Technically justified” - justified on the basis of conclusions reached by using an appropriate pest risk analysis or, where applicable, another comparable examination and evaluation of available scientific information.

2. The definitions set forth in this Article, being limited to the application of this Convention, shall not be deemed to affect definitions established under domestic laws or regulations of contracting parties.

ARTICLE III

Relationship with other international agreements

Nothing in this Convention shall affect the rights and obligations of the contracting parties under relevant international agreements.

ARTICLE IV

General provisions relating to the organizational arrangements for national plant protection

1. Each contracting party shall make provision, to the best of its ability, for an official national plant protection organization with the main responsibilities set out in this Article.

2. The responsibilities of an official national plant protection organization shall include the following:

- a) the issuance of certificates relating to the phytosanitary regulations of the importing contracting party for consignments of plants, plant products and other regulated articles;
- b) the surveillance of growing plants, including both areas under cultivation (*inter alia* fields, plantations, nurseries, gardens, greenhouses and laboratories) and wild flora, and of plants and plant products in storage or in transportation, particularly with the object of reporting the occurrence, outbreak and spread of pests, and of controlling those pests, including the reporting referred to under Article VIII paragraph 1(a);
- c) the inspection of consignments of plants and plant products moving in international traffic and, where appropriate, the inspection of other regulated articles, particularly with the object of preventing the introduction and/or spread of pests;
- d) the disinfestation or disinfection of consignments of plants, plant products and other regulated articles moving in international traffic, to meet phytosanitary requirements;
- e) the protection of endangered areas and the designation, maintenance and

New revised text of the International Plant Protection Convention

- surveillance of pest free areas and areas of low pest prevalence;
 - f) the conduct of pest risk analyses;
 - g) to ensure through appropriate procedures that the phytosanitary security of consignments after certification regarding composition, substitution and reinfestation is maintained prior to export; and
 - h) training and development of staff.
3. Each contracting party shall make provision, to the best of its ability, for the following:
- a) the distribution of information within the territory of the contracting party regarding regulated pests and the means of their prevention and control;
 - b) research and investigation in the field of plant protection;
 - c) the issuance of phytosanitary regulations; and
 - d) the performance of such other functions as may be required for the implementation of this Convention.
4. Each contracting party shall submit a description of its official national plant protection organization and of changes in such organization to the Secretary. A contracting party shall provide a description of its organizational arrangements for plant protection to another contracting party, upon request.

ARTICLE V

Phytosanitary certification

1. Each contracting party shall make arrangements for phytosanitary certification, with the objective of ensuring that exported plants, plant products and other regulated articles and consignments thereof are in conformity with the certifying statement to be made pursuant to paragraph 2(b) of this Article.
2. Each contracting party shall make arrangements for the issuance of phytosanitary certificates in conformity with the following provisions:
- a) Inspection and other related activities leading to issuance of phytosanitary certificates shall be carried out only by or under the authority of the official national plant protection organization. The issuance of phytosanitary certificates shall be carried out by public officers who are technically qualified and duly authorized by the official national plant protection organization to act on its behalf and under its control with such knowledge and information available to those officers that the authorities of importing contracting parties may accept the phytosanitary certificates with confidence as dependable documents.
 - b) Phytosanitary certificates, or their electronic equivalent where accepted by the importing contracting party concerned, shall be as worded in the models set out in the Annex to this Convention. These certificates should be completed and issued taking into account relevant international standards.
 - c) Uncertified alterations or erasures shall invalidate the certificates.

New revised text of the International Plant Protection Convention

3. Each contracting party undertakes not to require consignments of plants or plant products or other regulated articles imported into its territories to be accompanied by phytosanitary certificates inconsistent with the models set out in the Annex to this Convention. Any requirements for additional declarations shall be limited to those technically justified.

ARTICLE VI

Regulated pests

1. Contracting parties may require phytosanitary measures for quarantine pests and regulated non-quarantine pests, provided that such measures are:

- a) no more stringent than measures applied to the same pests, if present within the territory of the importing contracting party; and
- b) limited to what is necessary to protect plant health and/or safeguard the intended use and can be technically justified by the contracting party concerned.

2. Contracting parties shall not require phytosanitary measures for non-regulated pests.

ARTICLE VII

Requirements in relation to imports

1. With the aim of preventing the introduction and/or spread of regulated pests into their territories, contracting parties shall have sovereign authority to regulate, in accordance with applicable international agreements, the entry of plants and plant products and other regulated articles and, to this end, may:

- a) prescribe and adopt phytosanitary measures concerning the importation of plants, plant products and other regulated articles, including, for example, inspection, prohibition on importation, and treatment;
- b) refuse entry or detain, or require treatment, destruction or removal from the territory of the contracting party, of plants, plant products and other regulated articles or consignments thereof that do not comply with the phytosanitary measures prescribed or adopted under subparagraph (a);
- c) prohibit or restrict the movement of regulated pests into their territories;
- d) prohibit or restrict the movement of biological control agents and other organisms of phytosanitary concern claimed to be beneficial into their territories.

New revised text of the International Plant Protection Convention

2. In order to minimize interference with international trade, each contracting party, in exercising its authority under paragraph 1 of this Article, undertakes to act in conformity with the following:

- a) Contracting parties shall not, under their phytosanitary legislation, take any of the measures specified in paragraph 1 of this Article unless such measures are made necessary by phytosanitary considerations and are technically justified.
- b) Contracting parties shall, immediately upon their adoption, publish and transmit phytosanitary requirements, restrictions and prohibitions to any contracting party or parties that they believe may be directly affected by such measures.
- c) Contracting parties shall, on request, make available to any contracting party the rationale for phytosanitary requirements, restrictions and prohibitions.
- d) If a contracting party requires consignments of particular plants or plant products to be imported only through specified points of entry, such points shall be so selected as not to unnecessarily impede international trade. The contracting party shall publish a list of such points of entry and communicate it to the Secretary, any regional plant protection organization of which the contracting party is a member, all contracting parties which the contracting party believes to be directly affected, and other contracting parties upon request. Such restrictions on points of entry shall not be made unless the plants, plant products or other regulated articles concerned are required to be accompanied by phytosanitary certificates or to be submitted to inspection or treatment.
- e) Any inspection or other phytosanitary procedure required by the plant protection organization of a contracting party for a consignment of plants, plant products or other regulated articles offered for importation, shall take place as promptly as possible with due regard to their perishability.
- f) Importing contracting parties shall, as soon as possible, inform the exporting contracting party concerned or, where appropriate, the re-exporting contracting party concerned, of significant instances of non-compliance with phytosanitary certification. The exporting contracting party or, where appropriate, the re-exporting contracting party concerned, should investigate and, on request, report the result of its investigation to the importing contracting party concerned.
- g) Contracting parties shall institute only phytosanitary measures that are technically justified, consistent with the pest risk involved and represent the least restrictive measures available, and result in the minimum impediment to the international movement of people, commodities and conveyances.
- h) Contracting parties shall, as conditions change, and as new facts become available, ensure that phytosanitary measures are promptly modified or removed if found to be unnecessary.
- i) Contracting parties shall, to the best of their ability, establish and update lists of regulated pests, using scientific names, and make such lists available to the Secretary, to regional plant protection organizations of which they are members and, on request, to other contracting parties.
- j) Contracting parties shall, to the best of their ability, conduct surveillance for pests and develop and maintain adequate information on pest status in order to support categorization of pests, and for the development of appropriate

New revised text of the International Plant Protection Convention

phytosanitary measures. This information shall be made available to contracting parties, on request.

3. A contracting party may apply measures specified in this Article to pests which may not be capable of establishment in its territories but, if they gained entry, cause economic damage. Measures taken against these pests must be technically justified.

4. Contracting parties may apply measures specified in this Article to consignments in transit through their territories only where such measures are technically justified and necessary to prevent the introduction and/or spread of pests.

5. Nothing in this Article shall prevent importing contracting parties from making special provision, subject to adequate safeguards, for the importation, for the purpose of scientific research, education, or other specific use, of plants and plant products and other regulated articles, and of plant pests.

6. Nothing in this Article shall prevent any contracting party from taking appropriate emergency action on the detection of a pest posing a potential threat to its territories or the report of such a detection. Any such action shall be evaluated as soon as possible to ensure that its continuance is justified. The action taken shall be immediately reported to contracting parties concerned, the Secretary, and any regional plant protection organization of which the contracting party is a member.

ARTICLE VIII

International cooperation

1. The contracting parties shall cooperate with one another to the fullest practicable extent in achieving the aims of this Convention, and shall in particular:

- a) cooperate in the exchange of information on plant pests, particularly the reporting of the occurrence, outbreak or spread of pests that may be of immediate or potential danger, in accordance with such procedures as may be established by the Commission;
- b) participate, in so far as is practicable, in any special campaigns for combatting pests that may seriously threaten crop production and need international action to meet the emergencies; and
- c) cooperate, to the extent practicable, in providing technical and biological information necessary for pest risk analysis.

2. Each contracting party shall designate a contact point for the exchange of information connected with the implementation of this Convention.

New revised text of the International Plant Protection Convention

ARTICLE IX**Regional plant protection organizations**

1. The contracting parties undertake to cooperate with one another in establishing regional plant protection organizations in appropriate areas.
2. The regional plant protection organizations shall function as the coordinating bodies in the areas covered, shall participate in various activities to achieve the objectives of this Convention and, where appropriate, shall gather and disseminate information.
3. The regional plant protection organizations shall cooperate with the Secretary in achieving the objectives of the Convention and, where appropriate, cooperate with the Secretary and the Commission in developing international standards.
4. The Secretary will convene regular Technical Consultations of representatives of regional plant protection organizations to:
 - a) promote the development and use of relevant international standards for phytosanitary measures; and
 - b) encourage inter-regional cooperation in promoting harmonized phytosanitary measures for controlling pests and in preventing their spread and/or introduction.

ARTICLE X**Standards**

1. The contracting parties agree to cooperate in the development of international standards in accordance with the procedures adopted by the Commission.
2. International standards shall be adopted by the Commission.
3. Regional standards should be consistent with the principles of this Convention; such standards may be deposited with the Commission for consideration as candidates for international standards for phytosanitary measures if more broadly applicable.
4. Contracting parties should take into account, as appropriate, international standards when undertaking activities related to this Convention.

ARTICLE XI**Commission on Phytosanitary Measures**

1. Contracting parties agree to establish the Commission on Phytosanitary Measures within the framework of the Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO).
2. The functions of the Commission shall be to promote the full implementation of the objectives of the Convention and, in particular, to:
 - a) review the state of plant protection in the world and the need for action to control

New revised text of the International Plant Protection Convention

the international spread of pests and their introduction into endangered areas;

- b) establish and keep under review the necessary institutional arrangements and procedures for the development and adoption of international standards, and to adopt international standards;
- c) establish rules and procedures for the resolution of disputes in accordance with Article XIII;
- d) establish such subsidiary bodies of the Commission as may be necessary for the proper implementation of its functions;
- e) adopt guidelines regarding the recognition of regional plant protection organizations;
- f) establish cooperation with other relevant international organizations on matters covered by this Convention;
- g) adopt such recommendations for the implementation of the Convention as necessary; and
- h) perform such other functions as may be necessary to the fulfilment of the objectives of this Convention.

3. Membership in the Commission shall be open to all contracting parties.
4. Each contracting party may be represented at sessions of the Commission by a single delegate who may be accompanied by an alternate, and by experts and advisers. Alternates, experts and advisers may take part in the proceedings of the Commission but may not vote, except in the case of an alternate who is duly authorized to substitute for the delegate.
5. The contracting parties shall make every effort to reach agreement on all matters by consensus. If all efforts to reach consensus have been exhausted and no agreement is reached, the decision shall, as a last resort, be taken by a two-thirds majority of the contracting parties present and voting.
6. A member organization of FAO that is a contracting party and the member states of that member organization that are contracting parties shall exercise their membership rights and fulfil their membership obligations in accordance, *mutatis mutandis*, with the Constitution and General Rules of FAO.
7. The Commission may adopt and amend, as required, its own Rules of Procedure, which shall not be inconsistent with this Convention or with the Constitution of FAO.
8. The Chairperson of the Commission shall convene an annual regular session of the Commission.
9. Special sessions of the Commission shall be convened by the Chairperson of the Commission at the request of at least one-third of its members.
10. The Commission shall elect its Chairperson and no more than two Vice-Chairpersons, each of whom shall serve for a term of two years.

New revised text of the International Plant Protection Convention

ARTICLE XII**Secretariat**

1. The Secretary of the Commission shall be appointed by the Director-General of FAO.
2. The Secretary shall be assisted by such secretariat staff as may be required.
3. The Secretary shall be responsible for implementing the policies and activities of the Commission and carrying out such other functions as may be assigned to the Secretary by this Convention and shall report thereon to the Commission.
4. The Secretary shall disseminate:
 - a) international standards to all contracting parties within sixty days of adoption;
 - b) to all contracting parties, lists of points of entry under Article VII paragraph 2(d) communicated by contracting parties;
 - c) lists of regulated pests whose entry is prohibited or referred to in Article VII paragraph 2(i) to all contracting parties and regional plant protection organizations;
 - d) information received from contracting parties on phytosanitary requirements, restrictions and prohibitions referred to in Article VII paragraph 2(b), and descriptions of official national plant protection organizations referred to in Article IV paragraph 4.
5. The Secretary shall provide translations in the official languages of FAO of documentation for meetings of the Commission and international standards.
6. The Secretary shall cooperate with regional plant protection organizations in achieving the aims of the Convention.

ARTICLE XIII**Settlement of disputes**

1. If there is any dispute regarding the interpretation or application of this Convention, or if a contracting party considers that any action by another contracting party is in conflict with the obligations of the latter under Articles V and VII of this Convention, especially regarding the basis of prohibiting or restricting the imports of plants, plant products or other regulated articles coming from its territories, the contracting parties concerned shall consult among themselves as soon as possible with a view to resolving the dispute.
2. If the dispute cannot be resolved by the means referred to in paragraph 1, the contracting party or parties concerned may request the Director-General of FAO to appoint a committee of experts to consider the question in dispute, in accordance with rules and procedures that may be established by the Commission.
3. This Committee shall include representatives designated by each contracting party concerned. The Committee shall consider the question in dispute, taking into account all

New revised text of the International Plant Protection Convention

documents and other forms of evidence submitted by the contracting parties concerned. The Committee shall prepare a report on the technical aspects of the dispute for the purpose of seeking its resolution. The preparation of the report and its approval shall be according to rules and procedures established by the Commission, and it shall be transmitted by the Director-General to the contracting parties concerned. The report may also be submitted, upon its request, to the competent body of the international organization responsible for resolving trade disputes.

4. The contracting parties agree that the recommendations of such a committee, while not binding in character, will become the basis for renewed consideration by the contracting parties concerned of the matter out of which the disagreement arose.

5. The contracting parties concerned shall share the expenses of the experts.

6. The provisions of this Article shall be complementary to and not in derogation of the dispute settlement procedures provided for in other international agreements dealing with trade matters.

ARTICLE XIV

Substitution of prior agreements

This Convention shall terminate and replace, between contracting parties, the International Convention respecting measures to be taken against the *Phylloxera vastatrix* of 3 November 1881, the additional Convention signed at Berne on 15 April 1889 and the International Convention for the Protection of Plants signed at Rome on 16 April 1929.

ARTICLE XV

Territorial application

1. Any contracting party may at the time of ratification or adherence or at any time thereafter communicate to the Director-General of FAO a declaration that this Convention shall extend to all or any of the territories for the international relations of which it is responsible, and this Convention shall be applicable to all territories specified in the declaration as from the thirtieth day after the receipt of the declaration by the Director-General.

2. Any contracting party which has communicated to the Director-General of FAO a declaration in accordance with paragraph 1 of this Article may at any time communicate a further declaration modifying the scope of any former declaration or terminating the application of the provisions of the present Convention in respect of any territory. Such modification or termination shall take effect as from the thirtieth day after the receipt of the declaration by the Director-General.

3. The Director-General of FAO shall inform all contracting parties of any declaration received under this Article.

New revised text of the International Plant Protection Convention

ARTICLE XVI**Supplementary agreements**

1. The contracting parties may, for the purpose of meeting special problems of plant protection which need particular attention or action, enter into supplementary agreements. Such agreements may be applicable to specific regions, to specific pests, to specific plants and plant products, to specific methods of international transportation of plants and plant products, or otherwise supplement the provisions of this Convention.
2. Any such supplementary agreements shall come into force for each contracting party concerned after acceptance in accordance with the provisions of the supplementary agreements concerned.
3. Supplementary agreements shall promote the intent of this Convention and shall conform to the principles and provisions of this Convention, as well as to the principles of transparency, non-discrimination and the avoidance of disguised restrictions, particularly on international trade.

ARTICLE XVII**Ratification and adherence**

1. This Convention shall be open for signature by all states until 1 May 1952 and shall be ratified at the earliest possible date. The instruments of ratification shall be deposited with the Director-General of FAO, who shall give notice of the date of deposit to each of the signatory states.
2. As soon as this Convention has come into force in accordance with Article XXII it shall be open for adherence by non-signatory states and member organizations of FAO. Adherence shall be effected by the deposit of an instrument of adherence with the Director-General of FAO, who shall notify all contracting parties.
3. When a member organization of FAO becomes a contracting party to this Convention, the member organization shall, in accordance with the provisions of Article II paragraph 7 of the FAO Constitution, as appropriate, notify at the time of its adherence such modifications or clarifications to its declaration of competence submitted under Article II paragraph 5 of the FAO Constitution as may be necessary in light of its acceptance of this Convention. Any contracting party to this Convention may, at any time, request a member organization of FAO that is a contracting party to this Convention to provide information as to which, as between the member organization and its member states, is responsible for the implementation of any particular matter covered by this Convention. The member organization shall provide this information within a reasonable time.

ARTICLE XVIII**Non-contracting parties**

The contracting parties shall encourage any state or member organization of FAO, not a party to this Convention, to accept this Convention, and shall encourage any non-contracting party to apply phytosanitary measures consistent with the provisions of this Convention and any

New revised text of the International Plant Protection Convention

international standards adopted hereunder.

ARTICLE XIX

Languages

1. The authentic languages of this Convention shall be all official languages of FAO.
2. Nothing in this Convention shall be construed as requiring contracting parties to provide and to publish documents or to provide copies of them other than in the language(s) of the contracting party, except as stated in paragraph 3 below.
3. The following documents shall be in at least one of the official languages of FAO:
 - a) information provided according to Article IV paragraph 4;
 - b) cover notes giving bibliographical data on documents transmitted according to Article VII paragraph 2(b);
 - c) information provided according to Article VII paragraph 2(b), (d), (i) and (j);
 - d) notes giving bibliographical data and a short summary of relevant documents on information provided according to Article VIII paragraph 1(a);
 - e) requests for information from contact points as well as replies to such requests, but not including any attached documents;
 - f) any document made available by contracting parties for meetings of the Commission.

ARTICLE XX

Technical assistance

The contracting parties agree to promote the provision of technical assistance to contracting parties, especially those that are developing contracting parties, either bilaterally or through the appropriate international organizations, with the objective of facilitating the implementation of this Convention.

ARTICLE XXI

Amendment

1. Any proposal by a contracting party for the amendment of this Convention shall be communicated to the Director-General of FAO.
2. Any proposed amendment of this Convention received by the Director-General of FAO from a contracting party shall be presented to a regular or special session of the Commission for approval and, if the amendment involves important technical changes or imposes additional obligations on the contracting parties, it shall be considered by an advisory committee of specialists convened by FAO prior to the Commission.

New revised text of the International Plant Protection Convention

3. Notice of any proposed amendment of this Convention, other than amendments to the Annex, shall be transmitted to the contracting parties by the Director-General of FAO not later than the time when the agenda of the session of the Commission at which the matter is to be considered is dispatched.
4. Any such proposed amendment of this Convention shall require the approval of the Commission and shall come into force as from the thirtieth day after acceptance by two-thirds of the contracting parties. For the purpose of this Article, an instrument deposited by a member organization of FAO shall not be counted as additional to those deposited by member states of such an organization.
5. Amendments involving new obligations for contracting parties, however, shall come into force in respect of each contracting party only on acceptance by it and as from the thirtieth day after such acceptance. The instruments of acceptance of amendments involving new obligations shall be deposited with the Director-General of FAO, who shall inform all contracting parties of the receipt of acceptance and the entry into force of amendments.
6. Proposals for amendments to the model phytosanitary certificates set out in the Annex to this Convention shall be sent to the Secretary and shall be considered for approval by the Commission. Approved amendments to the model phytosanitary certificates set out in the Annex to this Convention shall become effective ninety days after their notification to the contracting parties by the Secretary.
7. For a period of not more than twelve months from an amendment to the model phytosanitary certificates set out in the Annex to this Convention becoming effective, the previous version of the phytosanitary certificates shall also be legally valid for the purpose of this Convention.

ARTICLE XXII

Entry into force

As soon as this Convention has been ratified by three signatory states it shall come into force among them. It shall come into force for each state or member organization of FAO ratifying or adhering thereafter from the date of deposit of its instrument of ratification or adherence.

ARTICLE XXIII

Denunciation

1. Any contracting party may at any time give notice of denunciation of this Convention by notification addressed to the Director-General of FAO. The Director-General shall at once inform all contracting parties.
2. Denunciation shall take effect one year from the date of receipt of the notification by the Director-General of FAO.

New revised text of the International Plant Protection Convention

ANNEX

Model Phytosanitary Certificate

No. _____

Plant Protection Organization of _____
 TO: Plant Protection Organization(s) of _____

I. Description of Consignment

Name and address of exporter: _____
 Declared name and address of consignee: _____
 Number and description of packages: _____
 Distinguishing marks: _____
 Place of origin: _____
 Declared means of conveyance: _____
 Declared point of entry: _____
 Name of produce and quantity declared: _____
 Botanical name of plants: _____

This is to certify that the plants, plant products or other regulated articles described herein have been inspected and/or tested according to appropriate official procedures and are considered to be free from the quarantine pests specified by the importing contracting party and to conform with the current phytosanitary requirements of the importing contracting party, including those for regulated non-quarantine pests.

They are deemed to be practically free from other pests.*

II. Additional Declaration**III. Disinfestation and/or Disinfection Treatment**

Date _____ Treatment _____ Chemical (active ingredient) _____
 Duration and temperature _____
 Concentration _____
 Additional information _____

(Stamp of Organization) Place of issue _____
 Name of authorized officer _____
 Date _____ (Signature)

No financial liability with respect to this certificate shall attach to _____ (name of Plant Protection Organization) or to any of its officers or representatives.*

* Optional clause

*New revised text of the International Plant Protection Convention***Model Phytosanitary Certificate for Re-Export**

No. _____

Plant Protection Organization

of _____ (contracting party of re-export)

TO: Plant Protection Organization(s)

of _____ (contracting party(ies) of import)

I. Description of Consignment

Name and address of exporter: _____

Declared name and address of consignee: _____

Number and description of packages: _____

Distinguishing marks: _____

Place of origin: _____

Declared means of conveyance: _____

Declared point of entry: _____

Name of produce and quantity declared: _____

Botanical name of plants: _____

This is to certify that the plants, plant products or other regulated articles described above _____ were imported into (contracting party of re-export) _____ from _____ (contracting party of origin) covered by Phytosanitary Certificate No. _____, *original ☐ certified true copy ☐ of which is attached to this certificate; that they are packed ☐ repacked ☐ in original ☐ *new ☐ containers, that based on the original phytosanitary certificate ☐ and additional inspection ☐, they are considered to conform with the current phytosanitary requirements of the importing contracting party, and that during storage in _____ (contracting party of re-export), the consignment has not been subjected to the risk of infestation or infection.

* Insert tick in appropriate ☐ boxes**II. Additional Declaration****III. Disinfestation and/or Disinfection Treatment**

Date _____ Treatment _____ Chemical (active ingredient) _____

Duration and temperature _____

Concentration _____

Additional information _____

(Stamp of Organization) Place of issue _____
 Name of authorized officer _____

Date _____

(Signature)

No financial liability with respect to this certificate shall attach to _____ (name of Plant Protection Organization) or to any of its officers or representatives.**

** Optional clause